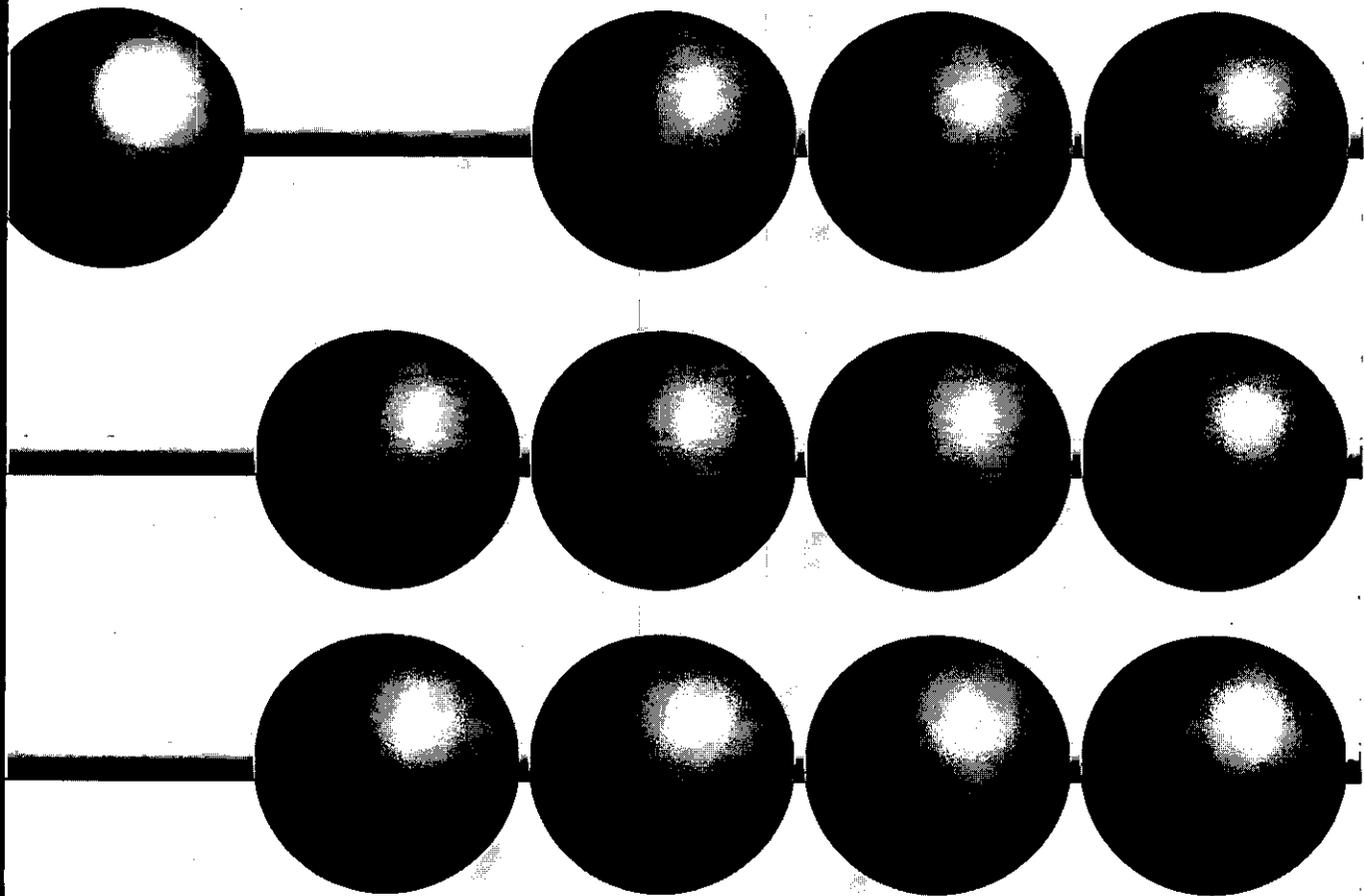


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

47. Jahrgang, Heft 11
November 1995

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Umweltökonomische Gesamtrechnung
Klimaschutzbericht



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Datex-J/Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

47. Jahrgang • Heft 11

November 1995

Inhalt	
• Kurz gefaßt	178
• Aufsatz	
Zwischenbilanz der Umweltökonomischen Gesamtrechnung in Schleswig-Holstein	180
<small>Am 13. September 1995 ließ sich der Wirtschaftsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom Statistischen Landesamt darüber informieren, was mittlerweile aus der von ihm angeregten Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) für Schleswig-Holstein geworden sei. Der Aufsatz gibt in ausführlicherer Form, als das im mündlichen Vortrag im Ausschuß möglich war, darüber Auskunft. Er geht dazu auch auf Entstehungsgeschichte, Ziele und Konzepte der UGR ein.</small>	
• Kurzbeitrag	
Umweltökonomische Gesamtrechnung und CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm des Landes Schleswig-Holstein	189
<small>Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat Ende Oktober einen Klimaschutzbericht vorgelegt. Der Kurzbericht schildert den empirischen Beitrag der Umweltökonomischen Gesamtrechnung zu diesem Bericht.</small>	
• Entwicklung im Bild	191
<hr/>	
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Bevölkerungszahl erneut gestiegen

Im ersten Quartal 1995 nahm die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins weiter zu, und zwar um 4 223 (0,2 %) auf 2 712 615 Personen. Die Zunahme ergibt sich aus einem Wanderungsgewinn von 5 228 Personen einerseits und einem Gestorbenenüberschuß von 1 305 Personen andererseits. Im Berichtsquartal zogen 26 709 Personen nach Schleswig-Holstein und 21 181 verließen das Land. 6 615 Geborenen standen 7 920 Sterbefälle gegenüber.

Im Vergleich dazu betragen der Gestorbenenüberschuß im ersten Quartal 1994 1 205 und der Wanderungsgewinn 3 636 Personen. Gegenüber dem 31. März 1994 erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 15 309 (0,6 %) Personen.

Stärkerer Anstieg der kommunalen Ausgaben 1994

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden, Kreise und Ämter erzielten im Jahre 1994 Einnahmen in Höhe von 13,4 Mrd. DM und damit 523 Mill. DM oder 4,1 % mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben erhöhten sich um 935 Mill. DM (+ 7,4 %) auf insgesamt 13,6 Mrd. DM.

Gewichtige Einnahmenezuwächse waren bei den allgemeinen Umlagen (+ 76 Mill. DM oder 7,9 %) sowie Benutzungsgebühren (+ 70 Mill. DM oder 4,5 %) festzustellen. Trotz eines Rückgangs der Gewerbesteuer (- 0,2 %) verbesserten sich die Steuereinnahmen insgesamt um 80 Mill. DM (+ 2,4 %).

Auf der Ausgabenseite waren bei den Leistungen der Sozialhilfe u. ä. (+ 251 Mill. DM oder 15,5 %), dem laufenden Sachaufwand (+ 109 Mill. DM oder 6,5 %) die höchsten Steigerungen zu verzeichnen.

Die Personalausgaben, deren Anteil knapp ein Fünftel aller Ausgaben ausmacht, wiesen ein um 15 Mill. DM (+ 0,6 %) höheres Ergebnis aus.

Während die Ausgaben für Baumaßnahmen um 55 Mill. DM (+ 4,4 %) anstiegen, verminderten sich die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen um 19 Mill. DM (- 4,8 %).

Ende 1994 erstmals wieder mehr Beschäftigung

Am 31.12.1994 waren in Schleswig-Holstein 814 000 Arbeitnehmer versicherungspflichtig beschäftigt. Das sind 2 627 oder 0,3 % mehr als vor einem Jahr.

Seit Dezember 1992 wies die Beschäftigtenzahl jeweils im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder eine

höhere Zahl aus. Der Anstieg wurde allein durch die positive Entwicklung bei den Angestellten (+ 1,0 %) getragen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging um 0,5 % zurück. Bei der Betrachtung nach Wirtschaftsabteilungen setzten sich auch in diesem Quartal die seit langem beobachteten Trends, daß sich die einzelnen Wirtschaftsabteilungen unterschiedlich entwickeln, weiter fort. Die absolut größte Zunahme gab es mit fast 6 300 zusätzlichen Arbeitsplätzen (+ 3,1 %) wiederum bei den Dienstleistungen (ohne Handel, ohne Verkehr- und Nachrichtentechnik und ohne Kreditinstitute und Versicherungen). Prozentual waren die Zuwächse im Baugewerbe mit + 5,3 % (+ 3 400 Beschäftigte) am höchsten. In der größten Wirtschaftsabteilung, dem Verarbeitenden Gewerbe, ging dagegen die Beschäftigung weiter um 2,2 % oder 4 700 Arbeitnehmer zurück. Insbesondere in der Wirtschaftsunterabteilung Stahl, Maschinen, Fahrzeugbau und ADV war der Rückgang um 3,7 % oder 2 600 Arbeitsplätze besonders deutlich.

Die Betrachtung nach Geschlechtern zeigte, daß die Entwicklung bei den Frauen mit + 0,6 % besser war, als bei den Männern, wo mit + 0,1 % jedoch seit September 1992 auch erstmals wieder ein Anstieg zu verzeichnen war. Ende 1994 standen 369 000 beschäftigte Frauen 446 000 Kollegen gegenüber, was einem Frauenanteil von 45,3 % entsprach.

Steuereinnahmen des Landes um vier Mill. DM unter Vorjahreswert

Die Steuereinnahmen des Landes beliefen sich in den ersten neun Monaten 1995 auf 7 117 Mill. DM gegenüber 7 121 Mill. DM im Vorjahreszeitraum. Trotz gestiegener Einnahmen aus Landessteuern (+ 2,1 %) und Zuwachs aus Lohnsteueranteilen (+ 6,5 %) verringerten sich die Einnahmen des Landes dennoch um 4 Mill. DM oder 0,1 %, weil es im Rahmen des Länderfinanzausgleichs nunmehr Zahlungen zu leisten hat und auch die Bundesergänzungszuweisungen erheblich niedriger ausgefallen sind.

Wohnungsbaunachfrage unter Vorjahresniveau

In den ersten neun Monaten des Jahres 1995 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 17 500 Wohnungen, das sind 10 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Entwicklung ist vor allem durch weniger Genehmigungen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern verursacht. Von Januar bis September dieses Jahres wurde der Bau von 6 600 Wohnungen in Eigenheimen freigegeben und damit 22 % weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Aber auch die

Zahl der geplanten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ist im gleichen Zeitraum gesunken, nämlich um 5 % auf 8 300 Wohnungen. Dagegen ist die Zahl der Wohnungen, die im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen sollen, um 15 % auf über 2 600 gestiegen.

86 % der Baumschulfläche im Kreis Pinneberg

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Baumschulerhebung 1995 bewirtschafteten im Juli 570 Betriebe eine Baumschulfläche von 4 900 ha. Die Zahl der Betriebe erhöhte sich in Jahresfrist um 10 Betriebe, während sich die Baumschulfläche unwesentlich veränderte. 73 % der Betriebe und 86 % der Baumschulfläche des Landes entfallen auf den Kreis Pinneberg mit dem weltweit größten geschlossenen Anzuchtgebiet für Forstpflanzen.

Der Pflanzenbestand war mit insgesamt 700 Mill. Stück um ein Zehntel kleiner als im Vorjahr. Abgenommen hatte die Zahl der Forstpflanzen, besonders der Sämlinge, während die der Obst- und Ziergehölze sowie der Rosen gegenüber 1994 anstieg.

Die Schlachtungen im September 1995

Im September 1995 wurden in Schleswig-Holstein 120 000 Schweine und 31 000 Rinder – darunter 13 000 Bullen und 11 000 Kühe – gewerblich ge-

schlachtet. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat verringerte sich die Zahl der Rinderschlachtungen um 14 % und die der Schweineschlachtungen um 12 %. Es wurde ebenfalls ein Rückgang der Schafschlachtungen um 11 % auf 13 000 Tiere festgestellt.

Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 21 000 t um 13 % niedriger als im September 1994.

Straßenverkehrsunfälle im September 1995

Nach Ermittlungen des Statistischen Landesamtes war die Polizei im September mit 5 555 Straßenverkehrsunfällen auf Schleswig-Holsteins Straßen befaßt, das waren 9 % weniger Unfälle als im September 1994.

Unfälle mit reinem Sachschaden (4 188) erfaßte die Polizei 13 % weniger als im September des Vorjahres. 381 Unfälle davon waren schwerwiegend, oder es war Alkohol im Spiel.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (1 367) lag dagegen 7 % über der des Vorjahres. Entsprechend nahm die Anzahl der Verletzten (1 855) um 10 % zu. Es verunglückten 26 Personen tödlich, 10 Personen mehr als vor einem Jahr.

Insgesamt verunglückten damit in den letzten 12 Monaten auf den Straßen Schleswig-Holsteins 279 Menschen tödlich.

Zwischenbilanz der Umweltökonomischen Gesamtrechnung in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung

Der Landtag des Landes Schleswig-Holstein entwickelte 1990 eine Initiative zur Gestaltung des statistischen Programms. Entgegen dem allgemeinen politischen Trend, die Aufgaben des Staates und damit auch die Statistik auf Möglichkeiten der Einschränkung und der Einsparung zu überprüfen, hat er sich dafür eingesetzt, daß das Statistische Landesamt als neue Aufgabe regional nachvollziehen möge, was damals das Statistische Bundesamt angefangen hatte, auf den Weg zu bringen: Eine Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR) sollte ohne eigens dafür angeordnete Erhebungen die bereits verfügbaren Daten in einem ganzheitlichen Konzept neu assemblieren und auf diese Weise ähnliche analytische Synergieeffekte erzeugen, wie es seit langem bei der Transformation von Wirtschaftsdaten in die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gibt. Dahinter stand und steht das Erkenntnisziel, den Wirkungszusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie zu quantifizieren.

Die Vorgaben der Länderpolitik für das statistische Programm artikulieren sich üblicherweise nicht über die Länderparlamente, sondern über die Bundesratsmitwirkung an den die Statistik anordnenden Bundesgesetzen, denn amtliche Statistik ist in Deutschland in aller Regel Bundesstatistik. Für den Einstieg in die Umweltökonomische Gesamtrechnung bedurfte es zwar keiner gesonderten Rechtsgrundlage, weil – wie gesagt – damit keine neuen Erhebungen einhergingen. Trotzdem war die Initiative des Landtages insofern bemerkenswert, als es nicht etwa um das Nachziehen, sondern bewußt um eine Vorbildfunktion des Landes Schleswig-Holstein ging und im Ergebnis dazu führte, daß Schleswig-Holstein bis heute das einzige Bundesland ist, in dessen Statistikbehörde die regionale UGR ein fester Aufgabenbestandteil ist.

Diese Besonderheit wird aber bald der Vergangenheit angehören. Im November 1995 konstituiert sich ein Arbeitsgremium, das die regionale UGR – was stets ein Anliegen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein gewesen ist – auf eine breitere, arbeitsteilige Basis stellen soll. Es haben sich mittlerweile auch andere Länder interessiert gezeigt, in die Berechnungen einzusteigen. Der hier vorgelegte Aufsatz dient für diese konstituierende Sitzung als Textvorlage, die den schleswig-holsteinischen Weg der regionalen UGR beschreibt. Er stützt sich ferner auf Unterlagen und Notizen, die anläßlich einer neuerli-

chen parlamentarischen Behandlung der UGR entstanden: Am 13. September 1995 ließ sich der Wirtschaftsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages in öffentlicher Sitzung vom Statistischen Landesamt darüber informieren, was mittlerweile aus der von ihm angeregten regionalen UGR geworden sei. Anlaß für diesen Bericht war die positive Resonanz auf den in Heft 6/1995 dieser Zeitschrift abgedruckte Aufsatz „Zur umweltökonomischen Bedeutung des Verkehrsträgers Straße“.

Über die regionale UGR sind in dieser Zeitschrift mittlerweile viele Beiträge erschienen. Mancher dort bereits dargelegte Gedanke wird hier zum Teil reproduziert oder in einen anderen Kontext eingeordnet.

Motiv und Anfänge der bundesdeutschen UGR

Das statistische Programm in einem Staat ist ausgerichtet auf die Grundversorgung der Gesellschaft mit Informationen. Es reflektiert aber auch manches Thema des politischen Diskurses. Insofern unterliegt es selbstverständlich dem Wandel der Zeiten. So wird man etwa Daten zu Merkmalen, die wir heute unter „Umweltproblematik“ subsumieren, in den älteren Statistikquellen vergeblich suchen. Erst Mitte der 70er Jahre, zeitlich einhergehend mit den sogenannten „Ölkrise“ und dem Erkenntnisschock, daß alle natürlichen Ressourcen endlich sind, gab es die ersten gesetzlich angeordneten Umweltstatistiken, damals – dem Stand der öffentlichen Diskussion entsprechend – ausgerichtet auf die konkret faßbaren Politikbereiche Abfallbeseitigung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Investitionen für den Umweltschutz. Diese Statistiken sind heute, nachdem erhebliche Zweifel an der Erhebbarkeit solcher Daten ausgeräumt worden sind, fester Bestandteil des statistischen Programms.

Ende der 80er Jahre ging die gesellschaftliche Diskussion sehr stark einher auch mit einer Kritik an einer – wie gesagt wurde – fetischhaften Überbetonung des Wirtschaftswachstums als Gradmesser ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Damit geriet die traditionelle statistische Messung wirtschaftlicher Aktivität in Gestalt der VGR in die Kritik. Es wurden Alternativrechnungen gefordert, die im Kern darauf hinausliefen, aus dem Sozialprodukt all das herauszurechnen, was nicht unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung diene, sondern nur Reparaturaufwand

infolge ökonomischen Mißbrauchs an den natürlichen Ressourcen darstelle. In Abzug solle man – so wurde gefordert – auch das bringen, was man als Reparatur- und Vermeidungsaufwand eigentlich hätte betreiben müssen, aber unterlassen hat (negative externe Effekte).

Auch der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages nahm das Thema auf. In einer öffentlichen Anhörung von Experten wurde die These, die Folgekosten des Wirtschaftens würden systematisch falsch eingeschätzt und wirtschafts- und umweltpolitische Entscheidungen fußten auf falschen Grundlagen, auf den Prüfstand gestellt.¹ Ein kleiner Auszug aus dem Katalog der Fragen an die Experten soll das Erkenntnisziel verdeutlichen: Wie lassen sich die bisher nicht erfaßten ökologischen und sozialen Folgen des Wirtschaftens erfassen, bewerten und dem Sozialprodukt zurechnen? Lassen sie sich durch spezielle Indikatoren darstellen? Lassen sich ökologische Folgekosten ihren Verursachern oder ihren Verursachungsbereichen zuordnen? Könnte man ggf. auch ohne zusätzliche statistische Erhebungen auf zuverlässiger empirischer Basis eine jährliche Berichterstattung zur Entwicklung der ökologischen und sozialen Folgen einführen?

Das Statistische Bundesamt hatte damals schon seit einigen Jahren daran gearbeitet, die traditionellen VGR um sogenannte Satellitensysteme – u. a. zum Thema Umwelt – zu erweitern. Im Jahre 1989 kam es zu der Auffassung, daß es eines ganzheitlichen, über die Ansätze des Satellitensystems hinausgehenden, von der VGR unabhängigen, aber mit ihr vielfach verbindbaren Rechenwerks bedürfe. Für dieses erst noch zu entwickelnde Konzept hatte man schon einen Namen parat: Umweltökonomische Gesamtrechnung. In Presseberichten tauchte damals das Schlagwort vom „Ökosozialprodukt“ auf, dessen Berechnung man probieren wolle. Dieser Begriff weckte hohes Interesse, aber wohl auch manche übertriebene Erwartung. Wenn man ihn überhaupt benutzen will, paßt er eher zum Satellitensystem-Ansatz. Die UGR verwendet zwar die Ergebnisse der Satellitensystem-Rechnungen, geht aber thematisch weit darüber hinaus, indem außer monetär dimensionierten auch naturwissenschaftlich basierte Indikatoren integriert sind.

Der Erkenntniswert der UGR ist – anders als in den VGR – nicht davon abhängig, ob es gelingt, alle Komponenten des Rechenwerks paßfähig und plausibel zusammenzufügen. Analytischen Ertrag liefern auch schon Zahlen zu den Einzelkomponenten.

¹ Ökologie und Wachstum: Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft des Deutschen Bundestages am 10. Mai 1989, in: Zur Sache, Band 11/1990

Die Diskussion um die Folgekosten des Wirtschaftens und um den Begriff Ökosozialprodukt orientiert sich derzeit stark an dem von den Vereinten Nationen vorgelegten Konzept einer Satellitensystem-Rechnung.² Hierzu sei an dieser Stelle lediglich auf einige hochinteressante Aufsätze verwiesen.³ Mittlerweile gibt es auch den Begriff „Ökoinlandsprodukt“, der sich vom Ökosozialprodukt so unterscheidet wie das Bruttoinlands- vom Bruttosozialprodukt, nämlich dadurch, daß er auf die wirtschaftliche Tätigkeit innerhalb der Region und nicht auf die – wo auch immer ausgeübte – Tätigkeit der inländischen Wirtschaftssubjekte abzielt.

Die Anfänge der UGR in Schleswig-Holstein

Wie bereits erwähnt, kam in Schleswig-Holstein die Initiative zur Beschäftigung mit den ökologischen Folgekosten des Wirtschaftens aus dem Parlament. Die SPD-Fraktion beantragte im Landtag, die Landesregierung solle dem Statistischen Landesamt den Auftrag zur Entwicklung einer UGR für Schleswig-Holstein erteilen. Bevor dann der Landtag Ende 1991 einstimmig einen entsprechenden Beschluß faßte, hatte auch hier sein Wirtschaftsausschuß eine Expertenanhörung veranstaltet. Über sie ist in Heft 10/1990 dieser Zeitschrift berichtet worden.

Die Landtagsinitiative hatte zur Folge, daß im Statistischen Landesamt zwei Stellen und somit die haushaltstechnischen Voraussetzungen geschaffen wurden, mit den Arbeiten an einer regionalen UGR zu beginnen. Das Statistische Landesamt hatte in der parlamentarischen Anhörung darauf hingewiesen, daß es den Ansatz einer UGR, der damals durchaus auch national noch voll in der Fachdiskussion stand, nur im Windschatten des Statistischen Bundesamtes regional nachvollziehen kann.

Natürlich wies die nationale UGR mit ihren weitaus größeren Ressourcen konzeptionell und methodisch die Richtung. Angesichts des Entwicklungsvorsprungs des Bundes konnte die schleswig-holsteinische UGR zunächst diejenigen nationalen Projekte auswählen, die für den Einstieg in die regionalen Berechnungen am sinnvollsten erschienen.

² siehe hierzu Stahmer, C., Integrierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1992

³ Leipert, C., Auf dem Weg zum Ökosozialprodukt?, in: IÖW/VÖW – Informationsdienst 2/95
Reich, U.-P., Der falsche Glanz am Ökosozialprodukt, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Heft 1/1994
Stahmer, C., Utz-Peter Reichs Kritik am Ökosozialprodukt, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Heft 3/1994

Es galt aber auch, für die regionale UGR Mitstreiter zu gewinnen. Zum einen kann man dann arbeitsteilig und einheitlich die Methoden entwickeln und die Zahlen berechnen. Zum anderen: Wenn es gelingt, Rechnungen zu etablieren, bringt erst der Ergebnisvergleich in der Zeitreihe und zwischen den Regionen den vollen analytischen Ertrag.

Aber mit dem regionalen Approach stand Schleswig-Holstein zunächst sehr allein da, auch wenn die anderen Länder höflich ihr Interesse bekundeten. Die Zeit für den Einstieg in eine regionale UGR war allerdings auch ungünstig, denn die amtliche Statistik war vollauf damit beschäftigt, die neuen Bundesländer in das statistische System zu integrieren. Deshalb gingen die Versuche dahin, den Arbeitskreis VGR der Länder dafür zu gewinnen, daß er auf der Ebene der Bundesländer arbeitsteilig berechnet, was es in den Satellitensystemen auf Bundesebene schon länger gab, nämlich umweltbezogene monetäre Größen, die aus Sonder- und Weiterrechnungen der traditionellen VGR stammen. Dieser Ansatz ist mittlerweile etabliert. Für das laufende Programm der regionalen VGR sind als fester Bestandteil vorgesehen: die Ausgaben des Staates für den Umweltschutz, das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche für den Umweltschutz und die laufenden Ausgaben des Produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz. Diese Erweiterung des Programms des Arbeitskreises VGR der Länder ist ausführlich dargestellt in Heft 11/1994 dieser Zeitschrift.

Mit den Rechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder ist also vorgezeichnet, daß auch die Statistischen Landesämter für den Ausbau der regionalen Umweltberichterstattung ebenso wie das Statistische Bundesamt zweigleisig vorgehen: hier die Rechnungen am Satellitensystem, dort die UGR. Die Datenlage dafür wird sich absehbar verbessern, denn die eingangs bereits erwähnten Umweltstatistiken wurden mittlerweile auf eine erweiterte Rechtsgrundlage gestellt und werden ab 1997 weitere wichtige Merkmale in der nötigen räumlichen Tiefe bereitstellen.

Vor dem dargestellten Hintergrund gestaltete sich der Aufbau der UGR auf regionaler Ebene in den Anfangsjahren nicht immer einfach. Das vorläufige Grundkonzept wurde vom Statistischen Bundesamt weiterentwickelt, bzw. nach dem Vorliegen von Ergebnissen aus Forschungsprojekten, Studien usw. mehrfach, zum Teil auch gravierend, modifiziert. Heute scheinen Zielsetzung und Konzept der nationalen UGR in ihrer Grundstruktur weitgehend festgelegt. Methodische Änderungen aufgrund neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen bzw. abschließender Projektergebnisse beschränken sich auf die Inhalte einzelner Themenbereiche der UGR. Es ist deshalb angebracht, im Rahmen einer Zwischenbilanz den jetzigen Kenntnisstand zur Zielsetzung und Konzepti-

on der UGR zu erläutern und danach auf die bisher erzielten regionalen Einzelergebnisse einzugehen.

Zielsetzung der UGR

Generelles Leitziel der UGR ist die statistische Erfassung von Veränderungen im „Naturvermögen“, ausgelöst durch wirtschaftliche und konsumtive Tätigkeiten. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Natur dem Menschen die vielfältigsten Leistungen zur Verfügung stellt. So liefert sie Energie und Rohstoffe, stellt den Wirtschaftsstandort bereit und dient als Aufnahmebecken für Schadstoffe, Abfälle usw. Daß dieses Leistungspotential endlich ist, dokumentieren eindringlich die immer gravierender werdenden Umweltprobleme der letzten Jahre und Jahrzehnte, wie z. B. der zunehmende Treibhauseffekt und seine Auswirkungen.

Wie auf produzierte Vermögensgegenstände (Maschinen, Anlagen usw.) sollen deshalb auch auf die Natur Abschreibungen kalkuliert werden. Nachhaltige Entwicklung (sustainable development) dient als generelles Leitbild: Erfüllung der Bedürfnisse in der Gegenwart, ohne die Möglichkeiten der Bedürfniserfüllung in der Zukunft einzuschränken. Im einzelnen bedeutet dies eine Verbesserung der Material-, Energie- und Flächeneffizienz ökonomischer Aktivitäten, letztlich fordert Nachhaltigkeit aber den langfristigen Erhalt von Funktionen der Natur. Die UGR soll dabei statistisch aufzeigen, welche natürlichen Ressourcen durch die Aktivitäten einer Rechnungsperiode (i. a. ein Jahr) beansprucht, verbraucht, entwertet oder zerstört werden.⁴

Ausgehend vom Streben nach dem oben erwähnten generellen Leitziel, lassen sich folgende Teilziele der UGR ableiten:

1. Die UGR soll den durch menschliche Tätigkeiten ausgelösten „Naturverbrauch“ berechnen. Damit soll auch die Wohlstandsinterpretation des Indikators Bruttosozialprodukt relativiert werden. Am Ende, so sehen es zumindest internationale Ansätze vor, steht ein um den Naturverbrauch bereinigtes Bruttoinlandsprodukt („Ökoinlandsprodukt“). Um dieses Teilziel zu erreichen, werden zuerst einmal Daten überwiegend in physikalischen Einheiten gewonnen und berechnet. Einer nachfolgenden monetären Bewertung der Daten bzw. der Berechnung von Folgekosten stehen zur Zeit noch enorme Probleme gegenüber, die einen hohen Forschungsaufwand erkennen lassen. Es ist deshalb davor zu warnen, die Erwartungen an eine Kalkulation von Abschreibungen auf das Naturver-

⁴ Statistisches Bundesamt Fachserie 19, Reihe 4, Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse –, 1994, S. 16

mögen zu überziehen. Ob sich daraus zweifelsfrei und objektiv eine einzige Abschreibungsgröße in DM ergibt, aus der sich ein gesundes, nachhaltiges Wachsen des volkswirtschaftlichen Einkommens ableiten ließe, ist noch sehr unsicher. Realistisch, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, ist es vielmehr, daß in einem schrittweisen Aufbauprozeß zuerst die tatsächlich gemessenen, erhobenen oder beobachteten Daten in geeigneter Form aufbereitet werden, um sie anschließend über standardisierte Bewertungsverfahren noch weiter zu verdichten. Wieweit diese Verdichtung sinnvoll ist und ob eine Monetarisierung vollständig gelingt, ist heute noch nicht abzusehen.⁵

Andererseits müssen auch die realen Möglichkeiten gesehen werden, bisheriges „Wirtschaften“ in Richtung ökologische Modernisierung zu optimieren. Die hierzu notwendigen Veränderungen setzen, wenn sie nicht auf evolutionär lange Zeiträume verschoben werden sollen, immer auch an den finanziellen Möglichkeiten an. Jede Politik, jede Maßnahme – auch die für den Umweltschutz – kostet Geld. Das Aufzeigen dieser Kosten dient der Rechenbarkeit der Politik und diese wiederum ihrer effizienten Umsetzung. Nur wenn Entscheidungsträgern vor Augen gehalten wird, wie hoch die (Folge-)Kosten einer Naturbeeinträchtigung sind, geht dies mit ins Kalkül ein. Ein Waldschadens- oder Emissionsbericht an sich zeigt eine geringe Wirkung, wenn nicht gleichzeitig kundgetan wird, wie die Volkswirtschaft durch Wald- bzw. Emissionsschäden kostenmäßig belastet wird.

2. Die UGR soll helfen, die konkreten Auswirkungen von Programmen und Maßnahmen zur ökologischen Umstrukturierung zu beurteilen und die Nachhaltigkeit menschlicher Aktivitäten in Wirtschaft und Konsum zu überprüfen. Man könnte die UGR auch als eine Art Steuerungsinstrument ansehen, bei dem, im Sinne einer outputorientierten Steuerung, das „Konstanthalten des Naturvermögens“ (nach dem Prinzip des sustainable development) sozusagen als festes Budget vorgegeben wird. Die UGR würde dann, ähnlich einem konstanttransparenten Berichtswesen in einem Unternehmen, die Grundlage für ein politisches Controlling darstellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, will die Umweltökonomische Gesamtrechnung auch den Zustand der Umwelt mittels Indikatoren abbilden. Die Indikatoren sollen z. B. kritische Konzentrationen und Eintragsraten von Schadstoffen oder kritische strukturelle Veränderungen anzeigen. Es sind Größen, die die Abweichung der Umweltsituation (Ist) von Umweltqualitätsstandards (Soll) ausdrücken. Dieser Soll-Ist-Vergleich gibt Hinweise auf die den Veränderungen zugrunde liegenden ökonomischen Tätigkeiten bzw. gibt Aus-

kunft, ob bestimmte (Umweltschutz-)Maßnahmen greifen oder auch nicht.

Schwierig hierbei ist das Setzen der Standards, die letztlich eine Konstanz des Naturkapitals bestimmen. Da das Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit, das die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit berücksichtigt, zumindest derzeit nicht berechenbar ist, ist es daher vernünftig, unter der Bedingung der Unsicherheit das gegenwärtig vorhandene „Naturkapital“ nicht zu verringern, sondern zumindest konstant zu halten. Im Begründungszusammenhang für die Konstanz des natürlichen Kapitalstocks ist daher des öfteren die Rede von einer „risikovermeidenden Strategie“ oder vom „Sicherheitsziel“ nachhaltiger Entwicklung.

Ob mit einem konstanten natürlichem Kapitalstock in derzeitiger Größe aber der Forderung nach ökologischer Tragfähigkeit (im Sinne des sustainable development) entsprochen wird, muß dahingestellt bleiben. Die Konstanz des natürlichen Kapitalstocks ist daher eher als pragmatische Zieldefinition zu formulieren. Sie wird als „Mindestanforderung“ begriffen, als Definition der unteren Grenze der zu erhaltenden Natur.

3. Schließlich könnte die UGR auch zur Internalisierung negativer externer Effekte beitragen. Negative externe Effekte treten dann auf, wenn ein Verursacher eines Schadens diesen nicht in seine Kostenkalkulation einbeziehen muß und die Kosten von der Allgemeinheit zu tragen sind. Die UGR könnte durch die Verdeutlichung von Verursachern bzw. von Schäden im Sinne einer Folgekostenrechnung den Anstoß geben, bisher nicht beachtete ökologische Schäden mit in die Kalkulation einer Volkswirtschaft bzw. auch in deren einzelwirtschaftliche Unternehmen mit einzubeziehen.

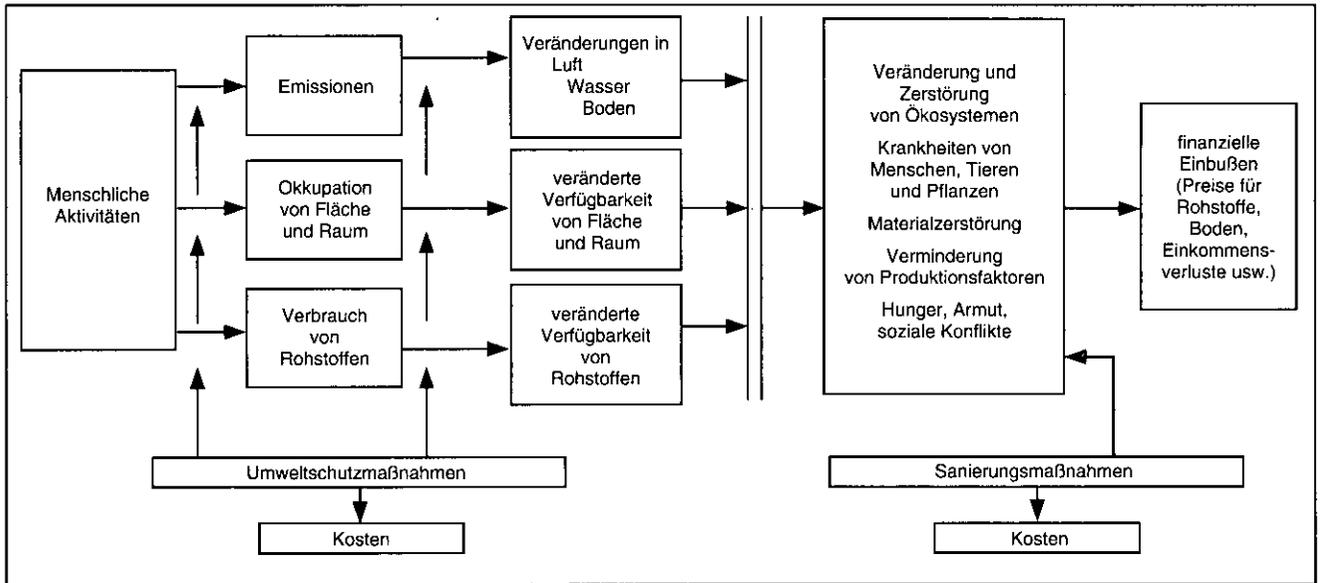
Mit welchen Instrumenten und ob überhaupt eine Internalisierung durchgeführt werden soll, wird derzeit noch rege diskutiert. Das Spektrum geht dabei von rein ordnungspolitischen Instrumenten wie Abgaben oder „Ökosteuern“ bis hin zu Anreizsystemen verschiedenster Art. In der Theorie sollen die Kosten der negativen externen Effekte mit Hilfe dieser Instrumente mit in die Preise einfließen. Letztere würden erst dann ihre „ökologische Wahrheit“ sagen und könnten, unter Beachtung marktwirtschaftlichen Regeln, eine Umstrukturierung der Industriegesellschaft in Richtung Ökologie anstoßen.

Das Konzept der UGR

Die Ziele der UGR können nur auf der Grundlage eines in sich geschlossenen Konzepts erreicht werden. Diesem Konzept liegen Ursachen- bzw. Wirkungszusammenhänge zugrunde, die durch ein Schaubild

⁵ Statistisches Bundesamt, a. a. O., S. 17

Flußdiagramm Mensch - Umwelt - Mensch



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 19, Reihe 4, 1994, Seite 17

verdeutlicht werden können. Ausgehend von menschlichen Aktivitäten werden Emissionen erzeugt, Rohstoffe verbraucht sowie Flächen und Raum in Anspruch genommen.

Diese Inanspruchnahme führt in den einzelnen Medien (Luft, Wasser, Boden) zu Veränderungen, und auch die Verfügbarkeit von Flächen und Raum bzw. von Rohstoffen wird beeinflusst. Zudem lassen die im Verlauf der menschlichen Aktivitäten getroffenen Umweltschutzausgaben ihrerseits wiederum Kosten entstehen.

Die oben beschriebenen Veränderungen haben Auswirkungen. Sie können Ökosysteme zerstören oder verändern, zu Krankheiten von Menschen, Tieren und Pflanzen führen, Materialien zerstören, die Produktionsfaktoren vermindern und Hunger, Armut und soziale Konflikte zur Folge haben.

Der Doppelstrich im Schaubild soll aussagen, daß direkte kausale Zusammenhänge zwischen Veränderung und Auswirkung in vielen Fällen noch nicht geknüpft werden können. Dies erschwert die Arbeit der UGR, gibt aber gleichzeitig Hinweise auf Anknüpfungspunkte zwischen Naturwissenschaft und Ökonomie. Das Aufzeigen von Symptomen und Ursachen ist an dieser Stelle gefragt.

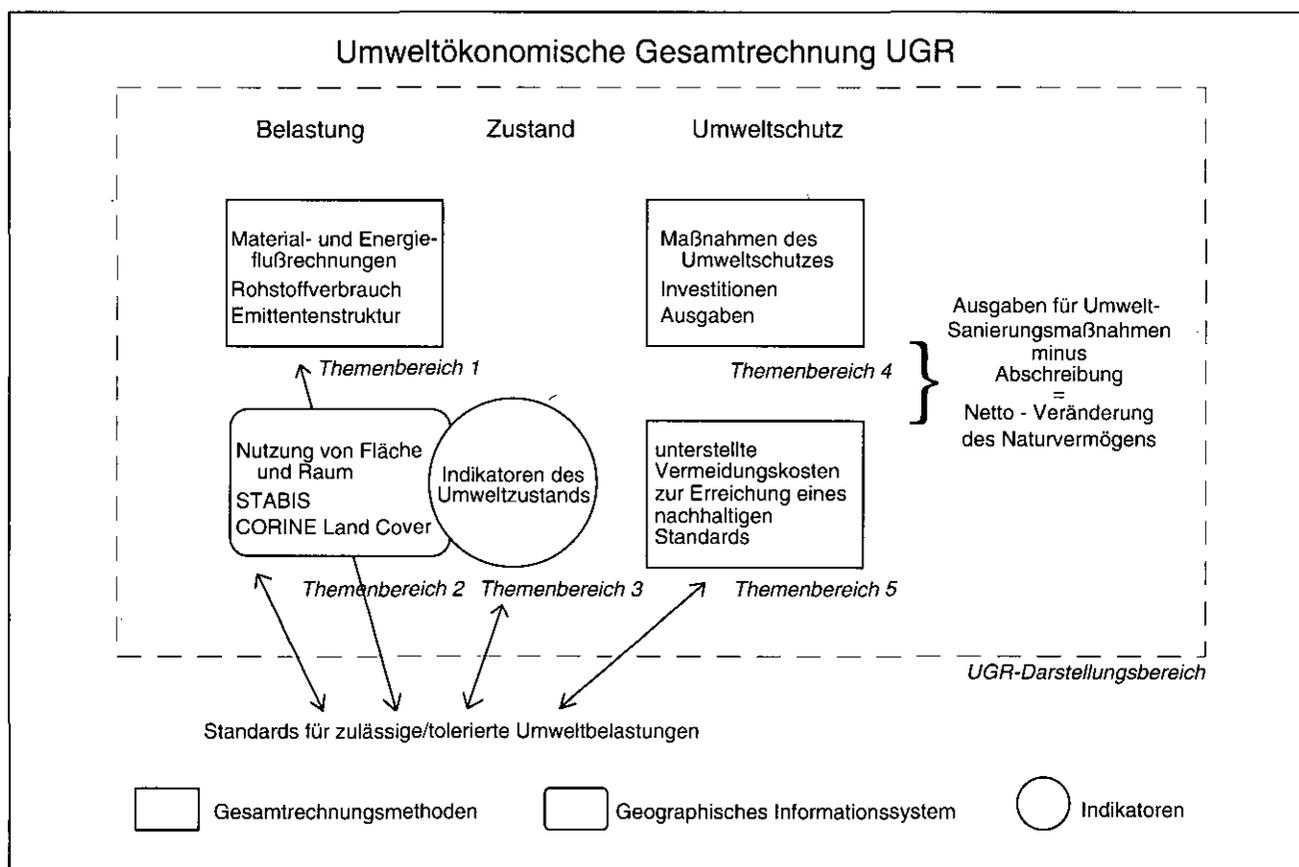
Wie das Schaubild weiter zeigt, lassen die für die Begrenzung der Auswirkungen aufgewendeten Sanierungsmaßnahmen wiederum Kosten entstehen. Diese sind zusätzlich zu den indirekt ableitbaren finanziellen Auswirkungen wie z. B. Einkommensverlusten

im Fremdenverkehrsbereich oder der Fischerei bzw. sinkenden oder steigenden Rohstoffpreisen usw. zu beachten.

Wie sieht nun das methodische Konzept aus, das inhaltlich die anfangs beschriebene Zielsetzung – kalkulierte Abschreibungen auf Naturvermögen mit dem Ziel, eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu bringen – erfüllen soll? Auch aufgrund der noch offenen Problematik der monetären Bewertung und kausalen Zusammenhänge ist es so aufgebaut, daß die Zwischenschritte bereits Antworten auf wirtschafts- und umweltpolitische Fragen geben.

Die inhaltliche Struktur des Konzeptes orientiert sich am „pressure-state-response“-Ansatz, der vorsieht, Entstehung der Umweltbelastung (pressure), Umweltzustand (state) und Umweltschutzmaßnahmen (response) zu unterscheiden und in speziellen Themenbereichen darzustellen. Das Schaubild zeigt diesen Ansatz und weist zusätzlich auf eine Saldenrechnung hin.

Im Themenbereich 1 (Belastungssektor) soll dargestellt werden, wie sich der Einsatz von Rohstoffen und Energie in den einzelnen Wirtschaftszweigen zeitlich verändert und welche stofflichen Abgaben an die Umwelt dem gegenüberstehen. Diese Daten sind für die Beurteilung der Effizienz im Umgang mit natürlichen Ressourcen im Rahmen von Struktur- und Umweltpolitik von grundlegender Bedeutung. Im Einzelnen ist dabei zum ersten eine *Material- und Energieflußrechnung* aufzubauen. Entstehung und Umweltbelastung beruhen ganz wesentlich darauf, daß



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 19, Reihe 4, 1994

Materialien aus ihrer natürlichen Umgebung entnommen werden, daß sie anschließend in den wirtschaftlichen Prozessen (Produktion und Konsum) umgeformt und am Ende in Form von Abfällen, Abwässern und Abgasen wieder an die Natur zurückgegeben werden. Dieser Fluß von Material und Energie ist für unsere Gesellschaft lebensnotwendig. Gleichzeitig sind damit jedoch vielfältige Auswirkungen auf die Umwelt verbunden (Toxizität der Emissionen, knappe Vorräte usw.). Wichtig in diesem Zusammenhang ist es auch, die Verbindung zwischen Rohstoffentnahme und Stoffemission zu analysieren. Welcher Rohstoff geht in welcher Menge wo ein und verursacht welche Emissionen in welcher Menge?

Letztlich soll die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum unbedingt mit einem Wachstum an Materialeinsatz bzw. Emissionsausstoß verbunden sein muß, hier beantwortet werden, bzw. ob es gelingt, die Wachstumsraten zu entkoppeln und z. B. durch eine höhere Ressourcenproduktivität Neubelastungen der Umwelt zu vermindern.

Die Berechnung des *Rohstoffverbrauchs* ist als eine Art Bilanzierung zu sehen und bildet die Grundlage

für die Abschreibungsraten des Naturvermögens in diesem Bereich.

Die *Emittentenstruktur* schließlich soll die Struktur und das Niveau der von den Emittenten abgegebenen Emissionen darstellen. Die Fragen lauten:

- Wer produziert was und in welcher Menge (Emissionen)?
- Wie werden Rohstoffverbrauch und Emissionen den Wirtschaftszweigen zugeordnet?

Sie zielen stark auf die Verursacher der Naturbeeinträchtigungen ab.

Themenbereich 2 behandelt die Nutzung von Fläche und Raum. Ein wichtiger Einflußfaktor für die Entstehung von Umweltbelastungen, der neben den Material- und Energieströmen von der ökonomischen Entwicklung stark beeinflusst wird, ist die Art und Intensität der Bodennutzung. Die Bodenfläche eines Landes ist eine feststehende Größe, jede Nutzung hat in dichtbesiedelten Regionen wie Mitteleuropa mehr oder weniger den Ausschluß anderer Nutzungsarten zur Folge. Eigentlich können Flächen nicht „ver-

braucht“ werden. Dennoch ist das Bild des Verbrauchs dann zutreffend, wenn durch die Art einer Nutzung alle anderen Nutzungen dauerhaft, vielleicht sogar irreversibel ausgeschlossen sind.

Vor allem kommt es also auf die Veränderungen der Nutzungen an. Mit Hilfe von STABIS (Statistisches Bodeninformationssystem) und CORINE land cover (EU-System zur Erfassung der Bodenbedeckung) sollen dazu Aussagen getroffen werden. Auf Länderebene könnte möglicherweise das System ATKIS (Amtliches Topographisches Karten Informationssystem) genutzt werden, das z. Zt. vom Landesvermessungsamt Schleswig-Holstein aufgebaut wird und die gesamte Fläche Schleswig-Holsteins in digitalisierter Form erfassen soll.

Themenbereich 3 beschäftigt sich mit dem Zustand der Umwelt an sich. Die UGR will kein reines Bilanzierungsinstrument sein, welches nach Soll und Haben die Belange der Umwelt ermittelt. Auch der aktuelle Umweltzustand soll aufgezeigt werden, und zwar mit Hilfe hochaggregierter Indizes, die vor allem die qualitativen Veränderungen der Umwelt in einer standardisierten Form anzeigen.

Jede ökonomische Entscheidung hat Einfluß auf die Ökologie. Dieser Einfluß ist, spricht man dem Menschen nicht jedes Einwirkungsrecht auf seine Umwelt ab, bis zu einem gewissen Ausmaß tolerierbar. Generelles Leitziel dieser Tolerierbarkeit ist die bereits erwähnte nachhaltige Entwicklung. Überschreitet der Einfluß des Menschen die Grenzen dieser Zielvorstellung, muß gegengesteuert werden. Dieses Überschreiten soll durch obengenannte „Naturindikatoren“ angezeigt werden, die im Weiteren auch auf die Wirkung bzw. den Nutzen der getroffenen Gegenmaßnahmen hinweisen.

In diesem Themenkreis wird am ehesten die Verbindung zwischen Ökonomie und Ökologie deutlich. Nicht zuletzt deshalb ist hier ein gemeinsames Projekt des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein und des Projektzentrums Ökosystemforschung der Universität Kiel angesiedelt.

In dem Projekt soll es u. a. darum gehen, räumlich und inhaltlich isolierte Meß- und Beobachtungsdaten aus den unterschiedlichsten Medien zu geeigneten Indikatoren zu verdichten, die den realen Naturzustand repräsentativ anzeigen können, bzw. im Zeitverlauf Veränderungen dokumentieren, die letztlich wiederum die Wirkung ökonomischer Maßnahmen aufzeigen. Bei der Bearbeitung soll auch versucht werden, evtl. mit Hilfe von Szenarien (was wäre, wenn...?) Hilfestellung zum Finden von Standards zu lässig tolerierbarer Umweltbelastungen zu geben. Die Standards selbst sind abschließend aber gesamtgesellschaftlich zu setzen. Auf die Probleme beim Set-

zen dieser Standards wurde bereits weiter oben eingegangen.

Der Sektor Umweltschutz wird in den Themenbereichen 4 und 5 behandelt.

Ressourcenverbrauch und Emissionen von Staat und Unternehmen hängen ja nicht nur von Produktionsniveau und Produktionstechnik ab, sondern auch davon, in welchem Umfang Staat und Wirtschaft Umweltbelastungen durch Umweltschutzmaßnahmen vermeiden, verringern oder beseitigen.

Themenbereich 4 hält dabei die Kosten und die aktuellen Belastungen von Wirtschaft und Staat für die tatsächlich durchgeführten Umweltschutzmaßnahmen fest.

In Themenbereich 5 sollen zusätzliche, präventive Maßnahmen berechnet werden, die notwendig wären, um einen bestimmten (gesellschaftlich gesetzten) Standard an Umwelt zu erreichen. Die berechneten Maßnahmen sollen auch die Abwägung und die Entscheidung zwischen unterschiedlichen Standards für die einzelnen Belastungsfaktoren unterstützen.

Die UGR orientiert sich dabei am Vermeidungskostenansatz. Es geht dann nicht mehr um eine wohlfahrtsoptimale Internalisierung externer Kosten, wie dies im Schadenskostenansatz vorgesehen war, sondern darum, ein bestimmtes (extern gesetztes) Umweltziel mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu erreichen.

Zur Schätzung und Berechnung dieser Kosten müssen Vermeidungskostenkurven erstellt werden, die dann mit Hilfe des in der Theorie beschriebenen Standard-Preis-Ansatzes (SPA) die Kosten des gewünschten Umweltstandards anzeigen.⁶

Zum Abschluß noch ein Wort zur Saldierung in der UGR. Der Saldo zwischen Themenbereich 4 und 5 soll die Netto-Veränderung des Naturvermögens widerspiegeln. Hier sollen Fragen beantwortet werden wie:

- Was haben wir getan?
- Was hätten wir eigentlich tun müssen?
- Um wieviel haben wir in dieser Abrechnungsperiode die Natur geschädigt?

In dieser Saldierung zeigt sich der Bezug zur sog. „Ökomarge“, die eine Relativierung des Indikators Bruttosozialprodukt (um das verbrauchte Naturvermögen) ausdrücken soll.

⁶ Wicke, Lutz, Umweltökonomie, Verlag Vahlen, München 1993, S. 399 ff.

Allerdings ist bei der Interpretation folgendes zu beachten:

Die dem Vermeidungskostenkonzept zugrunde liegende Umweltqualität hängt nicht von der Höhe der externen Kosten (Schadenskosten) ab, sondern wird gesellschaftlich bestimmt. Deswegen kann zwar eine gewünschte Umweltqualität zu den volkswirtschaftlich minimalen Kosten erreicht werden, aber diese Umweltqualität muß nicht optimal im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sein.

Einzelergebnisse der UGR in Schleswig-Holstein

Zu den verschiedenen Themenbereichen des oben beschriebenen Konzepts hat das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein bisher folgende Einzelberechnungen durchgeführt. Detaillierte Ausführungen hierzu sind in Heft 7/1992, Heft 1/1993 und Heft 11/1993 dieser Zeitschrift erschienen.

a) Verbrauch von Rohstoffen

Rückwirkend bis 1988 wird jährlich der Verbrauch von Rohstoffen in Schleswig-Holstein ermittelt. Sowohl die Gewinnung im Lande als auch Ein- und Ausfuhr gehen in die Berechnung ein. Zur Zeit werden nur Rohstoffe der 1. Stufe (also ohne Weiterverarbeitung) erfaßt. Geplant ist, auch Halb- und Fertigerzeugnisse mit einzubeziehen.

Die Berechnung läßt Aussagen über die jährlich verbrauchten Rohstoffmengen (in Gewichtseinheiten und DM) zu. Auch die Frage, ob wirtschaftliches Wachstum unbedingt mit einem Wachstum an Materialeinsatz gebunden sein muß, soll beantwortet werden. Eine (längere) Zeitreihe wird zeigen, ob es gelungen ist, die Wachstumsraten zu entkoppeln und z. B. durch eine höhere Ressourcenproduktivität die Neubelastungen der Umwelt zu vermindern.

b) Umweltschutzausgaben des Staates

Die Umweltschutzausgaben der öffentlichen Hand werden jährlich erfaßt. Die Berechnungen geben Antworten in bezug auf die Aufteilung der Ausgaben in den verschiedenen Umweltbereichen (Luftreinhaltung, Abwasser, Abfall usw.) und Sektoren der öffentlichen Hand (Land, Gemeinden, Zweckverbände usw.). Neben dem Hinweis auf die aktuelle finanzielle Belastung des Staates lassen sie auch den Vergleich mit den Umweltschutzausgaben der Industrie zu bzw. geben den Anteil der Umweltschutzausgaben an den Gesamtausgaben des Staates an.

Auch der Arbeitskreis VGR der Länder befaßt sich mit obengenannter Thematik. Darauf ist eingangs bereits hingewiesen worden.

c) Emissionen

Die wichtigsten Luftschadstoffe sind rückwirkend bis 1987 ermittelt worden und werden jährlich berechnet. Die Aufteilung nach Sektoren (Haushalte, Verkehr, Industrie usw.) liefert Hinweise auf mögliche Maßnahmen zur Emissionsverminderung. Die Berechnung kann auch zur Kontrolle bestimmter Vermeidungsmaßnahmen dienen bzw. den Zielerreichungsgrad bestimmter Vorhaben (z. B. Minderung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um ca. 25 - 30 %) dokumentieren.

d) Straßenverkehr

Als Querschnittsansatz, auch im Hinblick auf eine Folgekostenrechnung, wurde eine Bestandsaufnahme der amtlichen, teilweise auch der nichtamtlichen Quellen zum Thema Straßenverkehr durchgeführt. Genauer ist in Heft 6/1995 dieser Zeitschrift nachzulesen. Neben Informationen über die Quelle der Daten werden zum Teil auch Zeitvergleiche der Daten selbst geboten. Aspekte des Verkehrsträgers Straße, die von Relevanz sind, wenn über seine wirtschaftlichen Fakten oder seine Belastung der Umwelt eine quantitative Aussage getroffen werden soll, werden angesprochen (z. B. Bruttowertschöpfung, Umsätze im Kfz-Handel, Straßendienste, Jahresfahrleistung, Emissionen u. v. a.).

Die im Rahmen der UGR anfallenden Ergebnisse werden bereits in verschiedenster Art und Weise genutzt. So finden sie sich regelmäßig im Jahreswirtschaftsbericht der Landesregierung, in dem sie die Beeinträchtigung der Umwelt und damit der Produktions- und Einkommensgrundlagen der Zukunft anzeigen, die so in der herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht abgebildet werden.

Der im Oktober dieses Jahres erschienene Klimaschutzbericht der Landesregierung nutzt die Emissionsberechnung zur Ist-Aufnahme, zur Analyse und als Kontrollinstrument, speziell was die Situation der Kohlendioxidemissionen angeht. Desweiteren werden Daten der UGR im Rohstoffbericht der Landesregierung geboten, dies ist ebenso im konzipierten Umweltbericht des Landes vorgesehen.

Auch in Gutachten (z. B. des Öko-Instituts über „Umweltauswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels in Schleswig-Holstein“) bedient man sich der Ergebnisse der UGR-Berechnungen.

Weitere Vorgehensweise und Fazit

Das gestaffelte Aufbauprogramm der UGR sieht in seiner ersten Stufe die Sammlung und Systematisierung der notwendigen Basisdaten nach dem Konzept

des Statistischen Bundesamtes vor. In den Folgestufen soll die Verknüpfung und Verdichtung (evtl. Bewertung) erfolgen. Die Bearbeitung der einzelnen Themenkomplexe ist aufgrund methodisch noch ungelöster Fragen unterschiedlich weit gediehen. Zur Zeit werden vom Statistischen Bundesamt verschiedene Schwerpunkte bei der Weiterentwicklung der UGR gesetzt, die auch für Schleswig-Holstein nachvollzogen werden sollen:

- Material- und Energieflußrechnung: Einbeziehen der Halb- und Fertigerzeugnisse in die Rohstoffberechnung, Ausweitung der biotischen Rohstoffe auf landwirtschaftliche Produkte, Erstellen eines Materialkontos für Schleswig-Holstein, Erstellen einer Stickstoffbilanz.
- Bodennutzung: Zusammenhang Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch darstellen, Einsatz des Statistischen Berichtssystems zur Bodennutzung (STABIS) bzw. des Amtlichen Topographischen Karteninformationssystem (ATKIS) auf Landesebene, Einsatz von Geographischen Informationssystemen (GIS).
- Emissionen: Ausweitung der Schadstoffberechnung über die wichtigsten Luftschadstoffe hinaus, Aufbau einer Emittentenstruktur.
- Speziell auf Länderebene soll das Querschnittsthema Verkehr ausgeweitet werden. Ähnlich wie für den Verkehrsträger Straße soll eine Bestandsaufnahme auch für die übrigen Verkehrsträger (Schiene, Luft, Wasser) durchgeführt werden. Ein Vergleich aller Verkehrsträger könnte sich anschließen. Wünschenswert wäre auch eine anschließende Untersuchung, die klären könnte, inwieweit die Berechnung von Folgekosten heute schon möglich und sinnvoll ist.
- Ab 1996 ist das Statistische Landesamt, wie weiter oben bereits erwähnt, eine Kooperation mit der Universität Kiel (hier: Projektzentrum Ökosystemforschung) eingegangen. Darin wird versucht, das UGR-Thema „Umweltindikatoren“ gemeinschaftlich zu erarbeiten und dabei auch aus Drittmitteln finanzierte Personalressourcen zu nutzen.
- Der wichtigste Punkt der Weiterentwicklung der UGR wird die zukünftige Zusammenarbeit der Länder im Arbeitskreis UGR sein. Hier gilt es, gemein-

sam zu einer Arbeitsteilung bei der Bearbeitung des umfangreichen und heterogenen Konzepts der UGR zu kommen.

Der Weg zu einer UGR ist von einer Vielzahl für sich selbst sprechenden Einzelergebnissen begleitet, die Antworten auf signifikante wirtschafts- und umweltpolitische Fragen geben. Auch wenn die angestrebte abschließende „Gesamtrechnung“ i. e. S. bisher noch nicht vorliegt, lohnt es sich, diesen Weg weiterzugehen.

Die Einzelergebnisse sind eingebettet im Gesamtkonzept der UGR, welches auch einen Regelkreis beinhaltet:

- a) Unter einer bestimmten Fragestellung bzw. einem generellen Leitbild (Naturverbrauch/nachhaltige Entwicklung) werden heterogene Datenmassen zusammengeführt.
- b) Daraus können Antworten auf Fragen gegeben werden, die bisher nicht zu beantworten waren (z. B. Entkopplung Rohstoff/Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum).
- c) Die Antworten geben (nach Analyse) Entscheidungsträgern Hinweise auf entsprechende Problembereiche.
- d) In diesen Problembereichen kann jetzt mittels operativer Maßnahmen eine Lösung in Gang gesetzt werden.
- e) Die UGR tritt dann wieder als Prüf- und Steuerungssystem auf. Ihre Ergebnisse (insbesondere in Zeitreihen) spiegeln wider, ob und wie die eingesetzten Maßnahmen gewirkt haben. Gleichzeitig werden neue Fragen beantwortet und der obengenannte Prozeß durch Aufzeigen von Schwachstellen wieder in Gang gesetzt.

Dieser Regelkreis könnte dazu beitragen, eine permanente Verbesserung ökonomischer Tätigkeiten im Hinblick auf ökologisch sinnvolles Wirtschaften zu erreichen und damit den Weg hin zu einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaftsprozesse zu beschreiten.

Dr. Johann Lawatscheck / Bernd Struck

Umweltökonomische Gesamtrechnung und CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm des Landes Schleswig-Holstein

Durch Landtagsbeschluß vom 27.05.1994 (Landtags-Drucksache 13/1957) wurde die Landesregierung aufgefordert, „... einen Bericht zur Ausschöpfung des rechtlichen, marktwirtschaftlich-ökonomischen und allgemein-politischen Handlungsspielraums für Maßnahmen des Landes zum Schutz von Mensch und Umwelt im Zusammenhang mit einer Klimaveränderung zu erstellen und dem Landtag vorzulegen.“ Diesem Auftrag ist die Landesregierung nachgekommen und hat am 25.10.1995 den Bericht „CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm für Schleswig-Holstein“ (Landtags-Drucksache 13/3078) vorgelegt, der dann am 09.11.1995 im Landtag behandelt wurde.

Eine Vielzahl der in dem Bericht verwendeten Daten wurde vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt (siehe S. 3 des o. a. Berichts). So fußt auch die Ist-Analyse des Berichts zu den klimarelevanten Emissionen auf Berechnungen, die im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein durchgeführt wurden. Über die Umweltökonomische Gesamtrechnung sind in dieser Zeitschrift in den letzten Jahren viele Beiträge erschienen. Eine Übersicht zum Konzept und zur Entwicklung der UGR auf Landesebene bietet auch der Aufsatz in diesem Heft. Eine detaillierte Beschreibung

Stoffliche Emissionen in Schleswig-Holstein 1991 und 1992 nach Luftschadstoffen

Sektor ¹	Schwefeldioxid SO ₂	Stickstoffdioxid NO ₂	Kohlenmonoxid CO	Flüchtige organische Verbindungen VOC	Kohlendioxid CO ₂
	t				1 000 t
	1991^a				
Energie, Heizkraftwerke	7 223	5 839	799	244	3 859
Übriger Umwandlungsbereich ²	5 301	1 014	150	44	550
Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau	23 531	7 837	1 269	528	4 021
Verkehr	2 824	79 364	232 010	29 691	6 655
Haushalte	4 253	4 006	12 361	1 372	5 282
Kleinverbraucher ³	2 554	2 443	6 680	684	3 022
Militärische Dienststellen	403	2 112	5 327	715	473
Insgesamt	46 089	102 615	258 596	33 278	23 862
	1992^a				
Energie, Heizkraftwerke	7 594	6 099	851	251	4 095
Übriger Umwandlungsbereich ²	5 531	1 035	153	45	555
Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau	23 923	7 992	1 306	542	4 107
Verkehr	2 924	81 156	234 280	30 174	6 788
Haushalte	4 094	3 996	11 688	1 328	5 244
Kleinverbraucher ³	2 480	2 435	6 518	671	3 004
Militärische Dienststellen	357	2 040	4 668	658	391
Insgesamt	46 903	104 753	259 464	33 669	24 184

¹ Gliederung gemäß Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

² Hochöfen/Kokereien, Ortsgaswerke, Kernkraftwerke, Wasserkraftwerke, Raffinerien und sonstige Energieerzeuger

³ Handwerksbetriebe und Gewerbebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, soweit nicht im Verarbeitenden Gewerbe erfaßt, Bauhauptgewerbe, Handelsunternehmen, Landwirtschaft u. a.

^a veränderte Methodik

der oben erwähnten Emissionsberechnungen ist in Heft 11/1993 dieser Zeitschrift nachzulesen. Exemplarisch hierzu zeigt die Tabelle auf der Vorseite die Emissionsentwicklung der wichtigsten Luftschadstoffe je Sektor und für Schleswig-Holstein insgesamt für die Jahre 1991 und 1992.

Die Daten spiegeln die Größenordnung des Emissionsproblems wider und liefern Hinweise auf mögliche Maßnahmenswerpunkte zur Emissionsverminderung. Für das letzte berechnete Jahr (1992) zeigen sich dabei folgende Strukturen:

Die Schadstoffe Stickstoffdioxid (NO₂), Kohlenmonoxid (CO) und die flüchtigen organischen Verbindungen wurden in erster Linie im Verkehrssektor verursacht. Beim Stickstoffdioxid waren dies drei Viertel der Gesamtemissionen. Noch höher war der Anteil der verkehrsbedingten Emissionen beim Kohlenmonoxid (ca. 90 %). Auch die überwiegende Mehrheit (knapp 90 %) der flüchtigen organischen Verbindungen (hier NMVOC) stammten aus dem Verkehrsbereich.

Die Emissionsquellen des Kohlendioxid (CO₂) waren gleichmäßiger verteilt. Zwar war der Verkehrssektor auch hier mit gut einem Viertel (28 %) aller Emissionen der größte Emittent; die privaten Haushalte mit ca. 22 % bzw. der Energieumwandlungsbereich mit etwa 19 % sowie das Verarbeitende Gewerbe mit 17 % und der Rest (Kleinverbraucher, militärische Dienststellen) mit 14 % trugen aber ebenfalls signifikant zu den insgesamt 24,2 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen bei.

Aus der Ist-Analyse der Emissionsberechnungen leitet der o. a. Bericht der Landesregierung Handlungsbedarf ab, der programmatisch in einundsechzig Punkten die Maßnahmen zur CO₂-Minderung und zum Klimaschutz für Schleswig-Holstein beschreibt. Zu detaillierteren Ausführungen hierzu sei auf den Bericht verwiesen. Einige wichtige Punkte aus den unterschiedlichen Handlungsbereichen sollen beispielhaft genannt werden:

Selbstverpflichtung des Landes

- Untersuchung des Beschaffungswesens der Landesbehörden im Hinblick auf Energieeinsparungen
- Reduzierung des Energieverbrauchs der Landesliegenschaften

Handlungsbereich Bauen und Wohnen

- Erstellung eines Konzepts zur wärmetechnischen Gebäudesanierung
- Unterstützung energietechnischer und ökologischer Qualitätsstandards im Rahmen der Städtebau- und Wohnungsförderung

Handlungsbereich Energie

- Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energien (z. B. Wind, Biomasse etc.)
- Ausstieg aus der Kernenergie zugunsten regenerativer Energien

Handlungsbereich Industrie

- Untersuchung der Energienstiftung über Reduktionspotentiale klimarelevanter Gase im Bereich der Industrie (mit Pilotprojekten)
- Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, die sich am Umwelt-Audit (Umsetzung der EU-Öko-Audit-Verordnung) beteiligen wollen

Handlungsbereich Verkehr

- Förderung von attraktivsteigernden Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- Einsatz für eine ökologische Steuerreform (diese beinhaltet z. B. eine stufenweise Anhebung der Mineralölsteuer sowie die emissionsbezogene Ausgestaltung der Kfz-Steuer)

Handlungsbereich Landwirtschaft

- Förderung von Anbau und Einsatz nachwachsender Rohstoffe sowie der Wirtschaftsweise des ökologischen Landbaus
- Förderung der Extensivierung der Landwirtschaft

Handlungsbereich Abfallwirtschaft

- Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung
- Unterstützung von Optimierungsmaßnahmen bei der Abfallverbrennung

Zusammenarbeit mit den schleswig-holsteinischen Kommunen

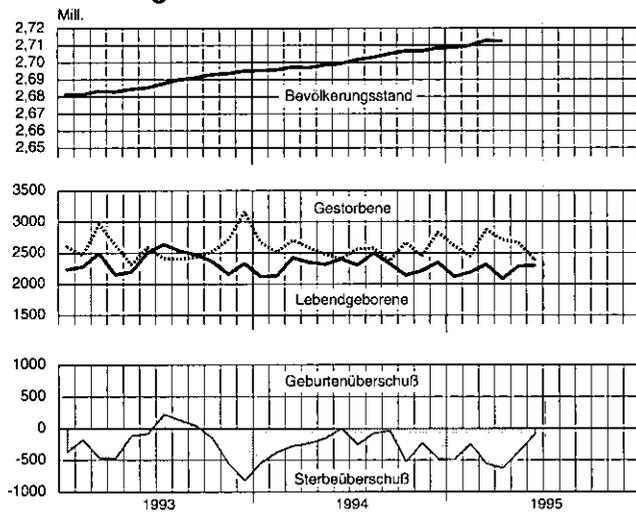
- Erarbeitung eines Konzepts „Kommunaler Klimaschutz in Schleswig-Holstein“

Ob und in welchem Ausmaß die hier genannten und im CO₂-Minderungs- und Klimaschutzprogramm umfassender und detaillierter beschriebenen Maßnahmen greifen, soll, wie im letzten Punkt des Berichts gefordert, von einer interministeriellen Arbeitsgruppe „Klimaschutz“ unter Federführung der Ministerin für Natur und Umwelt verfolgt werden. Auch hierzu können die Emissionsberechnungen der UGR beitragen. Die Ergebnisse der Berechnungen (Emissionsart, -menge und -entstehungsbereich) bilden die im Zeitverlauf auftretenden konkreten Auswirkungen ab und liefern so – nach entsprechender Analyse – Entscheidungsträgern Hinweise auf Problembereiche.

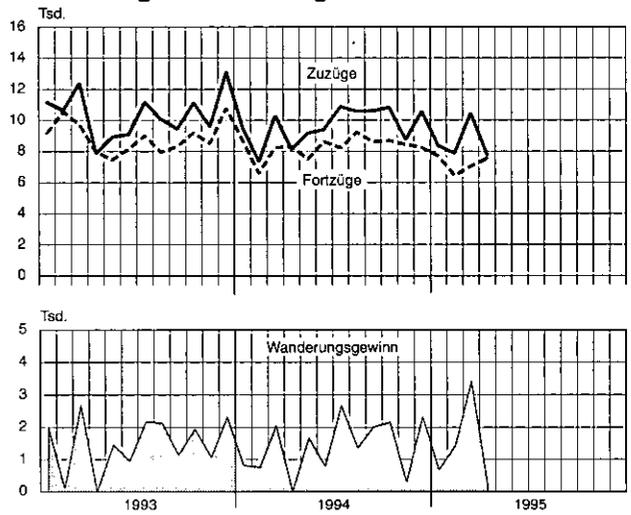
Dr. Johann Lawatscheck

109501 Stat.LA S-H

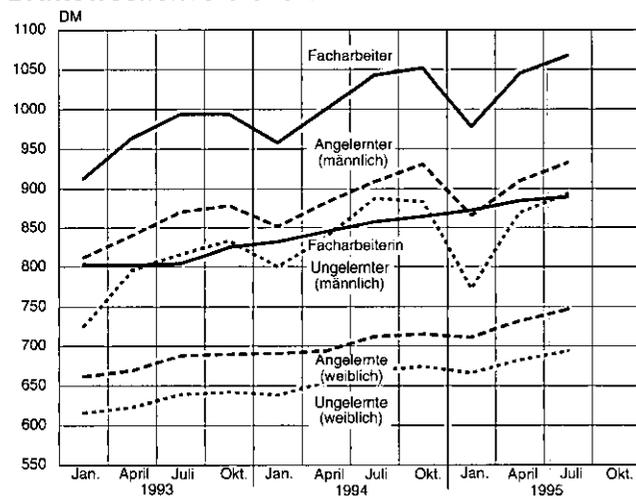
Bevölkerungsstand



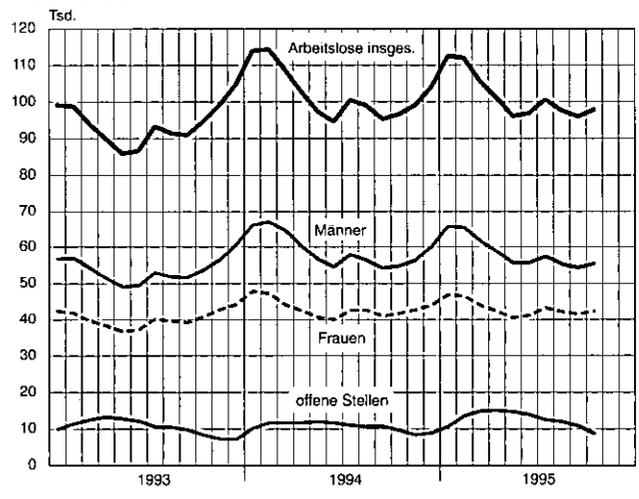
Bevölkerungsveränderung



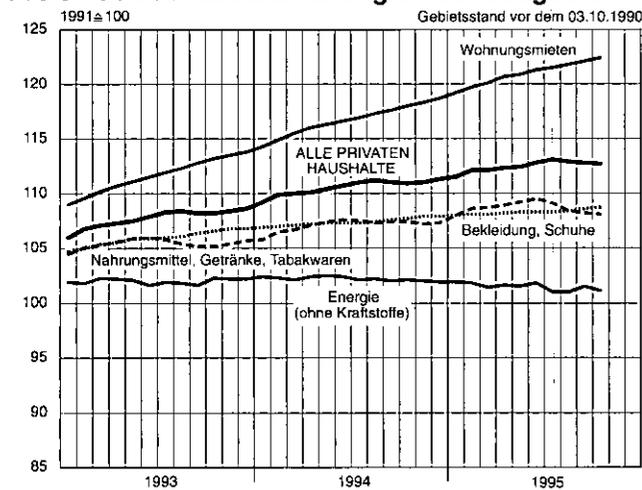
Bruttowochenverdienste



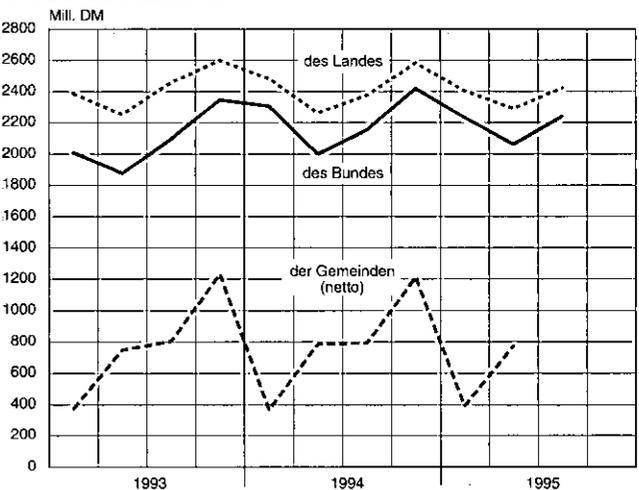
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

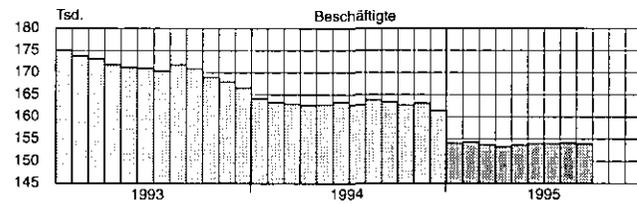
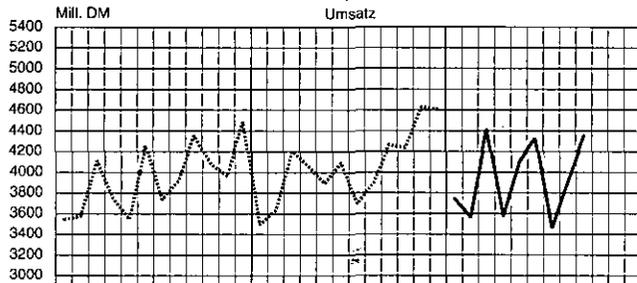


Steuereinnahmen

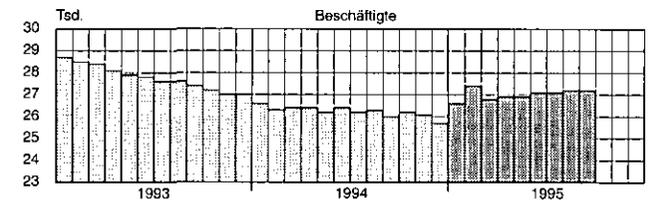
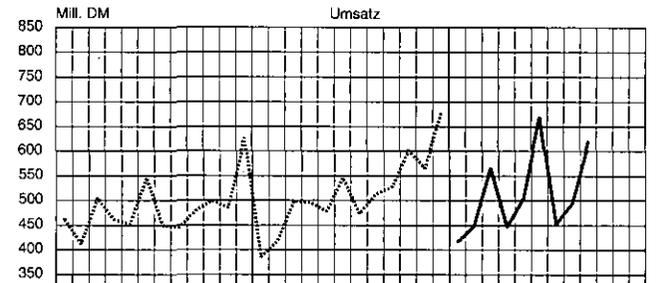


Verarbeitendes Gewerbe¹

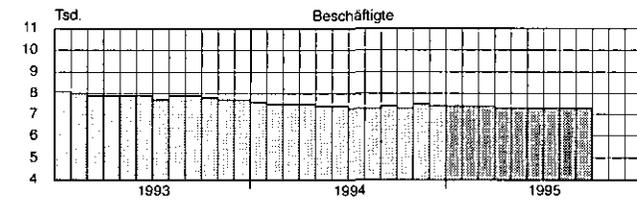
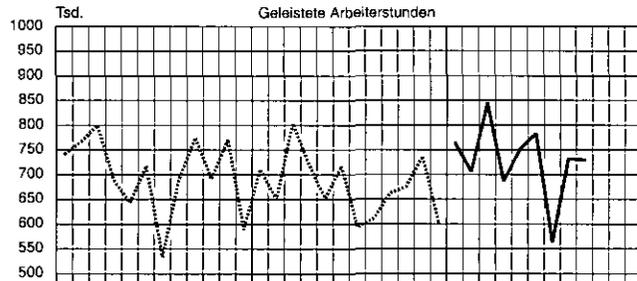
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



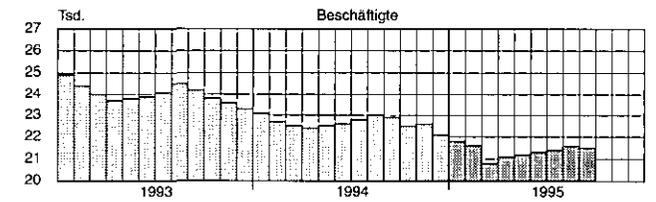
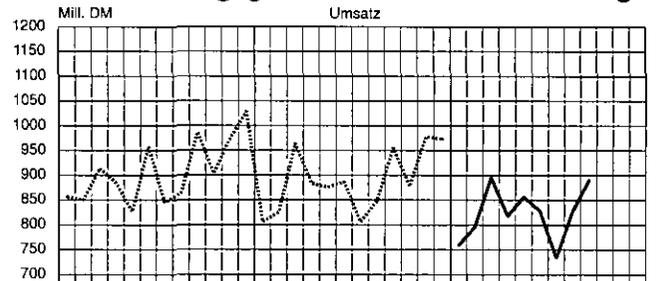
darunter Maschinenbau¹



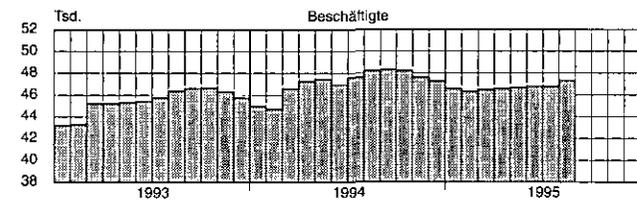
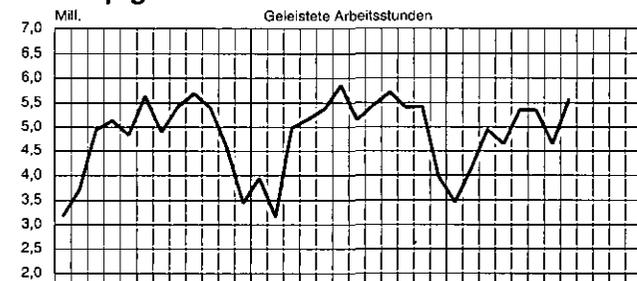
darunter Schiffbau¹



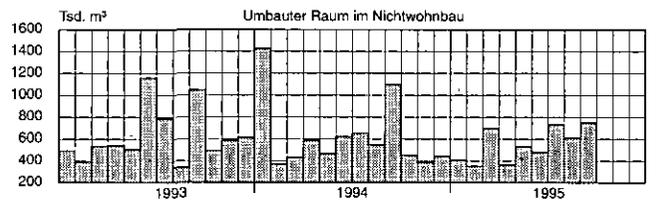
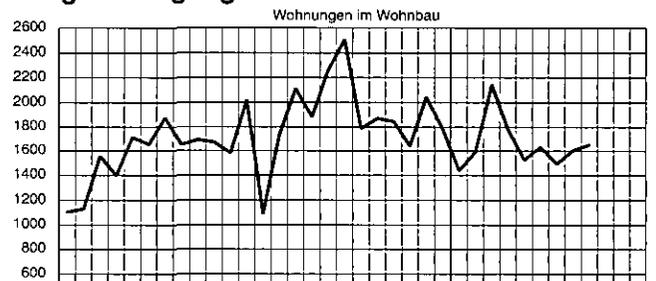
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung¹



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



¹ ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach WZ 93



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Erweiterte Kreiszahlen</i>	12
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	16

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹		September 1995		Januar bis September 1995	
Beschäftigte	1 000	154 ^a	- 3,3 ^b	154 ^a	- 3,1 ^b
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	13 ^a	- 4,7 ^b	13 ^a	- 2,7 ^b
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	723 ^a	- 3,7 ^b	739 ^a	+ 0,1 ^b
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 352 ^a	+ 4,1 ^b	3 938 ^a	+ 3,4 ^b
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 183 ^a	- 2,5 ^b	2 927 ^a	+ 0,2 ^b
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 170 ^a	+ 26,6 ^b	1 012 ^a	+ 13,7 ^b
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	+ 6,5 ^b	.	+ 20,7 ^b
aus dem Inland	Mill. DM	.	+ 26,4 ^b	.	+ 27,7 ^b
aus dem Ausland	Mill. DM	.	- 16,9 ^b	.	+ 8,0 ^b
Energieverbrauch (vierteljährlich)	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe²		September 1995		Januar bis September 1995	
Beschäftigte	1 000	47	- 2,2	47	- 0,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 10,7	6	- 3,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	178	- 4,5	175	+ 1,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	731	- 2,3	617	+ 4,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	355	- 8,4	352	- 6,4
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 650	- 10,6	1 650	- 13,1
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	749	- 31,6	547	- 20,6
Einzelhandel		August 1995		Januar bis Dezember 1994	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	140,0	- 1,3
Gastgewerbe					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	123,7	- 2,1
Fremdenverkehr⁵		August 1995		Januar bis August 1995	
Ankünfte	1 000	489	+ 3,1	352	+ 2,0
Übernachtungen	1 000	3 513	+ 0,3	2 030	+ 1,5
Arbeitsmarkt		September 1995		Januar bis September 1995	
Arbeitslose	Anzahl	96 040	+ 0,7	102 560	- 0,9
Offene Stellen	Anzahl	10 861	+ 0,9	13 024	+ 17,4
Kurzarbeiter	Anzahl	2 617	+ 2,3	2 723	- 65,3
Insolvenzen					
Anzahl		85	+ 32,8	70	+ 14,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

^a neuer Berichtskreis (mit Recycling und Verlagsgewerbe)

^b vergleichbare Veränderungsrate zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

**Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich**

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %																					
		Januar bis Dez. 1994	Oktober 1994	Nov. 1994	Dez. 1994	Januar 1995	Februar 1995	März 1995	April 1995	Mai 1995	Juni 1995	Juli 1995	August 1995	Sept. 1995									
Verarbeitendes Gewerbe¹																							
Beschäftigte	Land	- 4,7	- 3,8	- 2,9	- 3,1	- 3,1	- 2,7	- 3,0	- 3,1	- 3,1	- 3,2	- 2,8	- 3,5	- 3,3									
	Bund	- 6,4	- 5,2	- 4,9	- 4,7	p-	4,0	p-	3,0	p-	3,0									
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 4,5	- 3,4	- 1,5	- 3,6	+ 0,8	- 2,1	- 0,9	- 6,9	+ 2,7	- 4,6	- 8,6	- 0,4	- 4,7									
	Bund	- 5,4	- 5,8	- 3,1	- 2,8	p+	1,0	p-	2,0	p-	5,0	p+	2,0	...									
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,8	+ 1,7	- 2,4	+ 1,5	- 1,3	- 0,5	- 0,6	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	- 3,7									
	Bund	- 3,1	- 2,6	- 3,9	+ 1,0	p-	1,0	p±	0,0	p+	2,0	p+	2,0	...									
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 2,9	+ 3,8	+ 16,7	+ 2,5	+ 11,0	+ 0,4	+ 8,2	- 10,0	+ 8,7	+ 9,1	- 3,5	+ 3,1	+ 4,1									
	Bund	+ 2,9	+ 2,7	+ 7,5	+ 5,6	p+	11,0	p+	8,0	p+	7,0	p+	2,0	p+	10,0								
Inlandsumsatz	Land	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,2	- 3,3	- 2,7	+ 6,9	+ 2,4	- 2,0	+ 1,2	+ 6,6	- 4,8	- 2,8	- 2,5									
	Bund	+ 0,7	+ 0,5	+ 5,1	+ 3,6									
Auslandsumsatz	Land	+ 13,5	- 1,3	+ 50,6	+ 27,4	+ 61,4	- 15,2	+ 28,4	- 28,8	+ 34,8	+ 17,1	+ 0,9	+ 24,8	+ 26,6									
	Bund	+ 8,7	+ 8,7	+ 14,1	+ 10,7	p+	18,0	p+	12,0	p+	11,0	p+	7,0	p+	15,0								
Auftragsingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 8,5	+ 3,2	+ 19,3	- 4,2	+ 26,9	+ 29,5	+ 5,8	+ 17,4	+ 16,2	+ 10,0	+ 63,3	+ 18,6	+ 6,5									
	Bund	+ 7,6	+ 6,6	+ 11,8	+ 12,9	+ 13,4	+ 8,6	+ 4,5	+ 1,7	+ 9,5	- 0,9	+ 7,2									
aus dem Inland	Land	+ 5,6	+ 5,9	+ 6,1	+ 23,3	+ 23,5	+ 22,4	+ 2,0	+ 14,2	+ 12,3	+ 14,2	+ 123,5	+ 20,1	+ 26,4									
	Bund	+ 4,1	+ 4,0	+ 8,0	+ 11,6	+ 9,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 2,2	+ 7,8	- 1,6	+ 6,0									
aus dem Ausland	Land	+ 14,9	- 1,6	+ 55,5	- 38,2	+ 34,9	+ 44,4	+ 13,9	+ 23,8	+ 24,5	+ 2,4	- 22,1	+ 9,5	- 16,9									
	Bund	+ 14,1	+ 11,6	+ 17,1	+ 15,0	+ 19,6	+ 12,0	+ 5,2	+ 0,8	+ 12,6	+ 0,2	+ 9,5									
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 0,2	...	+ 0,2	+ 6,4	+ 3,4	...									
	Bund	+ 1,0	...	+ 0,3									
Bauhauptgewerbe²																							
Beschäftigte	Land	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,3	- 1,4	- 1,7	- 0,3	- 1,7	- 1,9	- 2,2									
	Bund	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	- 3,3	- 3,8	- 4,0	- 4,4	- 4,8	p-	5,5									
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 4,8	+ 0,1	+ 18,6	+ 15,5	- 12,3	+ 6,8	- 0,8	- 10,1	- 0,4	- 8,8	- 9,8	+ 2,0	- 10,7									
	Bund	+ 2,4	- 2,9	+ 11,9	+ 11,3	- 15,7	+ 13,6	- 12,6	- 10,1	- 1,8	- 4,6	- 12,5	p-	10,3									
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 8,2	+ 6,7	+ 12,9	+ 14,7	+ 1,1	+ 10,2	+ 1,6	- 2,7	+ 4,9	- 0,2	+ 2,1	- 0,2	- 4,5									
	Bund	+ 4,6	+ 3,0	+ 7,0	+ 9,2	- 1,9	+ 10,8	- 6,0	- 4,0	+ 7,5	- 6,3	- 2,7	p-	2,1									
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 16,3	+ 15,0	+ 12,7	+ 43,6	+ 5,9	+ 16,3	+ 11,4	+ 6,1	- 2,7	+ 3,0	+ 2,2	+ 6,8	- 2,3									
	Bund	+ 6,1	+ 3,5	+ 9,3	+ 14,8	+ 4,9	+ 7,3	- 2,0	- 4,4	+ 1,0	- 6,1	- 3,4									
Auftragsingang ³	Land	+ 6,3	+ 21,0	- 18,1	- 6,5	- 17,5	- 0,6	- 1,9	- 16,2	+ 7,9	- 8,3	- 14,9	- 13,3	- 8,4									
	Bund	+ 4,5	- 4,1	+ 4,2	+ 6,9	- 2,6	- 2,8	- 8,1	- 7,1	- 6,2	- 10,4	p-	0,5	...									
Baugenehmigungen⁴																							
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 18,4	- 1,9	+ 29,6	- 11,8	+ 31,9	- 8,4	+ 1,5	- 5,4	- 32,7	- 34,9	- 16,5	- 14,1	- 10,6									
	Bund	+ 13,4	+ 7,0	+ 7,8	+ 15,0	+ 0,7	- 7,3	- 12,1	- 28,4	- 20,1	- 28,9	- 20,8									
Nichtwohnbau (umbeauter Raum)	Land	- 0,1	- 8,3	- 33,6	- 27,4	- 71,4	- 5,1	+ 61,3	- 38,1	+ 14,4	- 22,5	+ 12,3	+ 10,8	- 31,6									
	Bund	- 2,3	- 16,2	+ 29,1	- 8,4	- 17,6	+ 8,5	+ 19,8	- 10,3	+ 7,0	+ 6,2	- 4,4									
Einzelhandel																							
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 1,3	- 2,6	- 2,8	- 0,3									
	Bund	- 0,5	- 1,6	- 2,8	+ 0,1									
Gastgewerbe																							
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land	- 2,1	- 0,5	+ 2,0	+ 0,3									
	Bund	- 0,8	- 0,3	- 0,2	± 0,0									
Fremdenverkehr⁵																							
Ankünfte	Land	- 1,2	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,1	p+	3,5	p+	4,2	p-	8,4	p+	11,9	p-	7,0	p+	6,2	p-	2,3	p+	3,1	p+	5,5
	Bund	...	+ 0,9	+ 3,8	+ 4,6	+ 6,8	p+	2,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9	
Übernachtungen	Land	- 2,0	+ 2,5	+ 10,2	+ 7,2	p+	6,3	p+	7,0	p-	14,9	p+	12,5	p-	8,5	p+	4,0	p+	0,5	p+	0,3	p+	2,1
	Bund	...	+ 0,8	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,7	+ 1,2	- 2,1	+ 6,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	
Arbeitsmarkt																							
Arbeitslose	Land	+ 9,5	+ 2,0	- 0,2	- 0,6	- 1,2	- 2,1	- 2,9	- 1,7	- 1,3	+ 2,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,7									
	Bund	+ 12,6	+ 3,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,3	- 0,8	- 1,1	- 1,0	- 1,6	- 1,0	- 0,8	+ 0,5	+ 1,5									
Offene Stellen	Land	+ 0,8	+ 15,1	+ 15,8	+ 24,6	+ 4,2	+ 16,1	+ 27,5	+ 27,6	+ 22,1	+ 18,8	+ 12,9	+ 12,5	+ 0,9									
	Bund	- 4,0	+ 14,5	+ 14,0	+ 15,4	+ 17,4	+ 17,6	+ 21,0	+ 22,4	+ 22,9	+ 20,6	+ 17,8	+ 12,3	+ 6,3									
Kurzarbeiter	Land	- 58,0	- 85,0	- 83,1	- 85,3	- 79,6	- 68,8	- 73,3	- 63,3	- 58,7	- 58,4	- 57,2	- 32,2	+ 2,3									
	Bund	- 64,1	- 76,9	- 76,4	- 79,0	- 73,3	- 69,1	- 66,4	- 62,2	- 59,4	- 54,7	- 43,8	- 48,4	- 31,6									
Insolvenzen																							
Anzahl	Land	+ 15,3	+ 13,7	- 10,2	+ 20,9	+ 19,7	+ 11,1	- 16,9	+ 20,0	+ 37,8	+ 14,3	+ 26,8	- 10,1	+ 32,8									
	Bund	+ 22,8	+ 24,2	- 5,1	+ 26,6	+ 11,6	- 0,5	+ 17,3	+ 14,9	+ 16,1	+ 10,0	+ 14,3	+ 14,7	...									

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 11. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heiratsziffer	Geburtenziffer	Sterbeziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	insgesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ± 100
	1 000													
1990	135	12	48	62	3	10	33	31	27	83 585	+ 6,0	87 048	+ 3,6	92
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 170	+ 9,1	91 170	+ 4,7	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	96 819	+ 6,2	92 751	+ 1,7	91
1993	139	11	49	62	7	10	36	32	23	99 337	+ 2,6	91 997	- 0,8	92
1994	144	12	49	62	9	9	36	32	24	104 138	+ 4,8	94 420	+ 2,6	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1990	1 525	472	1 445	3 343	592	2 402	2 324	4 881	2 186	139	972
1991	1 473	458	1 387	3 287	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424	431	1 378	3 087	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁸	
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen

² ab 1992 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ± 29 308 MJ

⁸ repräsentative Viehzählung

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000	1 000	in %	1 000	Mill. DM				1 000			
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	677
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	11	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	...	1 206	p 12 748	p 5 541	p 1 898	p 11 164	3 907	314	21 542	690

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	
	1 000				Unfälle	Getötete	Verletzte	Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 854,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 411	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewer-besteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁵	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM								insgesamt	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 794	2 957
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 320	8 795	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 494	3 548
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 646	3 684

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohn-gebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter ¹¹		Angestellte in Industrie ¹¹ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe		Öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	land-wirt-schaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²		
							kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
							Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1990	97,6	94,7	93,7	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852
1991	100,0	94,1	100,0	110,7	108,6	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	101,4	91,9	105,7	115,1	112,1	899 *	640 *	4 808 *	3 330 *	5 453 *	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	119,9	114,4	930 *	665 *	5 071 *	3 533 *	5 724 *	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	123,5	116,3	978 *	695 *	5 233 *	3 677 *	5 911 *	4 498	3 359

¹ Errichtung neuer Gebäude ² 1. Förderungsweg
³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁶ ohne Postspareinlagen
⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen
⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.
¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
¹¹ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹² Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage
* Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 687 p	2 701 p	2 702 p	2 703 p	2 705
* Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	1 538 p	1 525 p	2 124 p	2 141 p	2 206
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,9 p	6,8 p	9,3 p	9,3 p	9,9
* Lebendgeborene	Anzahl	2 386 p	2 295 p	2 301 p	2 493 p	2 324
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,7 p	10,2 p	10,0 p	10,9 p	10,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 602 p	2 564 p	2 559 p	2 570 p	2 364
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,6 p	11,4 p	11,2 p	11,2 p	10,6
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	12 p	12 p	9 p	12 p	9
	je 1 000 Lebendgeborene	5,0 p	5,2 p	3,9 p	4,8 p	3,9
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 216 p	- 269 p	- 258 p	- 77 p	- 40
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,0 p	- 1,2 p	- 1,1 p	- 0,3 p	- 0,2
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 391	9 681	10 893	10 589	10 627
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 007	3 987	4 641	4 038	4 270
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	8 900	8 286	8 220	9 228	8 609
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 895	1 533	1 456	1 659	1 392
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 491	+ 1 395	+ 2 673	+ 1 361	+ 2 018
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 357	10 851	10 158	11 206	11 339
* Wanderungsfälle	Anzahl	29 648	26 036	29 271	31 023	30 575
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	93	102	101	99	95	97	101	98	96
* darunter Männer	1 000	53	59	58	56	54	56	57	55	54
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	15,1	6,3	3,3	2,3	2,6	2,0	1,4	1,6	2,6
* darunter Männer	1 000	12,5	5,2	2,5	1,8	1,9	1,5	1,2	1,3	2,1
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,6	10,6	11,1	10,7	10,8	13,9	12,5	12,0	10,9
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 424 ^a	1 396 ^a	-	-	-	1 399	-	-	-
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	431 ^a	426 ^a	-	-	-	403	-	-	-
Schweine	1 000	1 378 ^a	1 309 ^a	-	1 361	-	-	-	1 334	-
darunter Zuchtsauen	1 000	130 ^a	125 ^a	-	127	-	-	-	120	-
darunter trächtig	1 000	89 ^a	88 ^a	-	89	-	-	-	85	-
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	29	r 22	30	36	22	r 18	30	31
Kälber	1 000 St.	1	1	0	r 1	1	1	0	1	1
Schweine	1 000 St.	159	142	128	142	137	124	112	120	120
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	0	1	0	0	0	0
* Schlachtmenge ² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,8	22,3	18,0	22,6	24,4	18,7	15,9	20,6	20,9
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,1	9,1	6,3	9,5	11,7	7,0	5,5	9,4	9,7
* Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	14,2	12,8	11,3	12,6	12,3	11,3	10,1	10,8	10,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	313	314	296	315	326	314	315	316	314
Kälber	kg	129	131	138	134	134	133	133	127	130
Schweine	kg	90	91	89	89	90	91	91	90	90
Geflügel										
Eingelagte Bruteier ³	für Legehennenküken	1 000	89	95	-	-	-	-	-	-
	für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	58	53	-	-	-	-	-	-	-
* Milcherzeugung										
	1 000 t	193	193	186	183	184	204	195	192	...
- darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	96	95	93	94	98	97	94	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,5	14,8	14,0	13,7	14,3	16,0	14,8	14,5	...

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1993	1994	1994			1995			
		Monatdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	-	157	155	156	156	154	154	154	154
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	-	101	99	100	100	98	98	98	98
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	-	13 417	12 820	13 149	13 850	13 378	11 867	13 250	13 347
* Lohnsumme	Mill. DM	-	397,7	383,9	394,9	393,3	434,5	395,6	401,1	386,9
* Gehaltssumme	Mill. DM	-	351,2	338,8	326,0	339,3	393,1	347,8	338,5	336,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	-	3 880	3 512	3 723	4 097	4 327	3 458	3 815	4 352
Inlandsumsatz	Mill. DM	-	2 943	2 757	2 925	3 175	3 251	2 694	2 918	3 183
Auslandsumsatz	Mill. DM	-	936	755	798	922	1 075	764	898	1 170
Kohleverbrauch ²	1 000 t SKE	-	15	-	-	-	-	-	-	-
Gasverbrauch ³	Mill. m ³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Heizölverbrauch ⁴	1 000 t	-	73	-	-	-	-	-	-	-
leichtes Heizöl	1 000 t	-	6	-	-	-	-	-	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	-	67	-	-	-	-	-	-	-
Stromverbrauch ⁵	Mill. kWh	-	315	-	-	-	306	294	313	333
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	-	37	-	-	-	25	26	27	33
* Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ⁶	1985 = 100	124,6	---	---	---	---	---	---	---	---
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 743	1 530	418	1 131	1 457	2 064	1 577	2 049	---
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 028	1 024	924	940	963	932	915	973	---
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	-	-	-	-	-	-	-	-	-
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)⁷										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,3	114,3	-	-	114,4	110,3	-	-	---
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	222,1	233,1	-	-	244,3	232,6	-	-	---
Bauhauptgewerbe⁸										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 420	47 080	47 560	48 198	48 296	46 783	46 762	47 304	47 211
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 739	4 968	5 148	5 452	5 710	5 347	4 644	5 562	5 101
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 059	2 357	2 481	2 536	2 735	2 531	2 261	2 765	2 527
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 251	1 240	1 271	1 421	1 341	1 211	1 065	1 186	1 100
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 343	1 308	1 344	1 425	1 584	1 458	1 244	1 523	1 384
* Lohnsumme	Mill. DM	139,1	150,6	150,0	165,6	153,8	151,0	152,9	163,3	144,8
* Gehaltssumme	Mill. DM	31,5	33,9	33,7	32,4	32,8	35,0	34,7	34,4	33,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	558,1	649,4	695,6	728,5	748,3	734,9	710,6	777,7	731,2
Auftragseingang ⁹	Mill. DM	341,6	362,2	369,0	406,8	387,6	392,7	314,1	352,7	355,2
Ausbaugewerbe⁹										
* Beschäftigte	Anzahl	9 906	10 451	10 280	10 567	10 661	---	10 873	11 260	11 353
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 136	1 196	1 128	1 237	1 263	---	1 187	1 357	1 295
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	85,2	38,7	37,6	39,5	38,3	---	40,6	43,5	40,5
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	106,9	119,3	119,5	123,2	120,9	---	120,0	141,0	135,9

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² 1 Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ)

³ 1 000 m³ Gas Ho = 35,169 MJ/m³ = 1,2 t SKE

⁴ 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE

⁵ 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE

⁶ ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

⁷ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁸ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

"Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	725	854	872	917	890	728	650	837	692
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	570	632	637	701	640	539	461	657	504
2 Wohnungen	Anzahl	78	119	137	119	144	101	97	78	79
* Rauminhalt	1 000 m³	731	868	851	908	865	767	717	794	731
* Wohnfläche	1 000 m²	135	162	160	167	164	145	134	146	139
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	103	110	110	122	141	125	142	147	127
* Rauminhalt	1 000 m³	624	624	651	548	1 095	479	731	607	749
* Nutzfläche	1 000 m²	93	91	98	87	184	88	125	102	109
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 838	2 145	2 076	2 152	2 108	1 910	1 822	1 975	1 921
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	967,8	p 1 062,3	1 063,7	1 100,4	1 022,3	1 127,9
davon										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	142,6	p 131,9	134,8	117,8	127,8	145,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	825,2	p 930,4	928,9	982,6	894,5	982,5
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	18,5	p 19,4	20,7	19,5	17,7	26,8
Halbwaren	Mill. DM	54,7	p 59,6	56,1	51,3	67,2	50,4
Fertigwaren	Mill. DM	752,0	p 851,4	852,1	911,8	809,7	905,4
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	105,0	p 134,1	132,2	120,0	111,2	125,1
Enderzeugnisse	Mill. DM	647,0	p 717,3	719,9	791,8	698,5	780,2
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EU-Länder	Mill. DM	446,9	p 461,8	536,6	373,2	459,7	579,0
darunter Niederlande	Mill. DM	85,5	p 88,7	101,1	80,2	97,8	84,7
Frankreich	Mill. DM	72,4	p 82,2	112,1	66,8	64,4	89,4
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,3	p 70,8	96,1	60,3	76,0	78,4
Dänemark	Mill. DM	64,6	p 74,5	74,3	60,0	88,9	75,4
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	141,9	140,0	143,4	138,2	136,8
Gastgewerbaumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	126,3	123,7	171,4	173,6	140,1
Fremdenverkehr in Beherbergungsgaststätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	330	326	529	475	421	p 477	p 517	p 489	p 444
darunter von Auslandsgästen	1 000	29	26	52	37	30	p 30	p 47	p 33	p 27
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 795	3 638	3 503	2 313	p 2 662	p 3 655	p 3 513	p 2 361
darunter von Auslandsgästen	1 000	61	57	100	78	62	p 64	p 96	p 73	p 61
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 775	1 862	1 955	1 793	1 995
Güterversand	1 000 t	946	1 004	954	894	991
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	157	181	209	174	140	208	194	173	...
* Güterversand	1 000 t	166	213	198	227	212	238	173	242	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	9 714	9 920	9 811	7 444	8 734	12 481	9 101	8 166	...
darunter Krafträder	Anzahl	550	544	676	510	277	790	682	578	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 355	8 574	8 402	6 244	7 758	10 752	7 673	6 858	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	539	555	505	507	509	607	496	519	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 294	1 289	1 568	1 440	1 280	r 1 634	p 1 414	p 1 632	p 1 367
* Getötete Personen	Anzahl	25	24	22	24	16	r 25	p 28	p 22	p 26
* Verletzte Personen	Anzahl	1 694	1 682	2 135	1 886	1 692	r 2 192	p 1 936	p 2 085	p 1 855

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1993	1994	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	55	63	82	69	84	40	104	62	85
* Unternehmen	Anzahl	45	51	64	60	51	34	69	52	66
* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	10	12	18	9	13	6	35	10	19
* Beantragte Konkurse	Anzahl	54	63	82	69	64	40	104	62	85
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	39	41	67	38	18	25	84	39	59
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monats-durchschnitt²								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	104 520	113 824	-	-	114 903	123 434	-	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	102 724	111 912	-	-	113 047	121 414	-	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	13 313	13 061	-	-	13 170	14 639	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 289	12 681	-	-	12 886	14 401	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 024	380	-	-	284	238	-	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 603	6 234	-	-	6 188	7 243	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 385	5 150	-	-	5 157	5 288	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 218	1 084	-	-	1 031	1 955	-	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	82 058	92 869	-	-	93 689	99 532	-	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	80 871	68 437	-	-	69 203	73 874	-	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21 937	24 179	-	-	24 486	25 658	-	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	73 802	79 209	-	-	79 043	80 162	-	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	52 100	54 835	-	-	54 609	54 069	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 284	48 883	-	-	48 638	48 201	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 816	5 952	-	-	5 971	5 868	-	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	20 695	23 266	-	-	23 381	24 909	-	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	20 381	22 914	-	-	23 040	24 530	-	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	314	352	-	-	341	379	-	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart		Vierteljahres-durchschnitt			3. Vj. 94	2. Vj. 95	3. Vj. 95			
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 069	4 282	-	-	4 165	3 843	-	-	4 168
Lohnsteuer	Mill. DM	1 833	1 878	-	-	1 840	1 776	-	-	1 981
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	419	362	-	-	339	202	-	-	204
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	61	105	-	-	93	48	-	-	71
Zinsabschlag	Mill. DM	43	57	-	-	38	35	-	-	36
Körperschaftsteuer	Mill. DM	305	305	-	-	286	285	-	-	247
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 209	1 355	-	-	1 346	1 324	-	-	1 451
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	167	168	-	-	172	109	-	-	105
Bundessteuern	Mill. DM	45	60	-	-	47	223	-	-	248
Versicherungsteuer	Mill. DM	31	38	-	-	23	25	-	-	28
Landessteuern	Mill. DM	286	291	-	-	306	284	-	-	298
Vermögensteuer	Mill. DM	52	49	-	-	51	47	-	-	63
Grundwerbsteuer	Mill. DM	56	61	-	-	61	51	-	-	59
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	124	127	-	-	138	136	-	-	120
Gemeindesteuern	Mill. DM	412	419	-	-	462	418	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	10	8	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	91	96	-	-	118	93	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	295	-	-	312	292	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 083	2 220	-	-	2 153	2 063	-	-	2 240
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	2 159	-	-	2 106	1 840	-	-	1 992
Lohnsteuer	Mill. DM	779	798	-	-	782	755	-	-	842
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	178	154	-	-	144	86	-	-	87
Körperschaftsteuer	Mill. DM	152	153	-	-	143	142	-	-	123
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	867	959	-	-	956	802	-	-	872
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 424	2 426	-	-	2 375	2 290	-	-	2 423
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 913	1 991	-	-	1 949	1 968	-	-	2 055
Lohnsteuer und Lohnsteuererlegung	Mill. DM	978	1 000	-	-	983	942	-	-	1 032
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	176	151	-	-	139	82	-	-	79
Körperschaftsteuer	Mill. DM	149	144	-	-	120	132	-	-	97
Umsatzsteuer	Mill. DM	517	592	-	-	636	599	-	-	627
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	789	789	-	-	792	773	-	-	...
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	263	242	-	-	262	229	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	410	423	-	-	381	418	-	-	...

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken
² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember
⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1993	1994	1994			1995			
	Monatsdurchschnitt		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ^{1,2}	96,1	96,9	96,9	96,7	96,8	97,2	96,6	97,2	...
Ausfuhrpreise ^{1,2}	100,7	101,6	101,5	101,6	101,8	103,4	103,5	103,7	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ¹ 1985 = 100	88,1	89,3	89,2	89,6	89,8	91,9	...	91,9	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ^{1,2}	101,4	102,0	101,9	102,1	102,0	103,9	103,8	103,9	...
landwirtschaftlicher Produkte ^{1,2} 1985 = 100	84,7	86,5	84,1	85,6	86,1	p 89,7	p 87,3	p 88,4	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹ 1991 = 100	110,5	112,8	-	113,3	-	-	-	115,9	-
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ^{1,2} 1985 = 100	99,6	100,9	101,0	100,5	100,2	102,8	101,6	p 101,3	...
Einzelhandelspreise	104,7	105,8	105,9	105,9	106,0	107,0	106,8	106,5	106,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	107,7	110,6	111,0	111,2	111,0	112,8	113,1	112,9	112,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	105,4	107,1	107,5	107,3	107,4	109,5	109,1	108,4	108,2
Bekleidung, Schuhe ¹	105,9	107,4	107,3	107,4	107,6	108,3	108,3	108,4	108,6
Wohnungsmieten ¹	111,6	116,7	116,9	117,3	117,6	121,3	121,5	121,8	122,1
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	102,0	102,2	102,1	102,2	102,0	101,8	101,0	101,0	101,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	106,2	108,2	108,3	108,4	108,5	109,9	110,0	110,0	110,1
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	930	978	995	-	-	-	1 017	-	-
darunter Facharbeiter	976	1 024	1 043	-	-	-	1 067	-	-
weibliche Arbeiter	665	695	702	-	-	-	730	-	-
darunter Hilfsarbeiter	633	663	669	-	-	-	694	-	-
* Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	24,15	25,00	25,17	-	-	-	26,15	-	-
darunter Facharbeiter	25,51	26,44	26,60	-	-	-	27,58	-	-
weibliche Arbeiter	17,70	18,31	18,52	-	-	-	19,31	-	-
darunter Hilfsarbeiter	16,71	17,34	17,54	-	-	-	18,25	-	-
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,9	39,6	-	-	-	38,9	-	-
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,6	37,9	37,9	-	-	-	37,8	-	-
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	5 822	6 006	6 016	-	-	-	6 231	-	-
weiblich	4 024	4 128	4 147	-	-	-	4 352	-	-
* technische Angestellte									
männlich	5 967	6 150	6 192	-	-	-	6 401	-	-
weiblich	4 049	4 184	4 222	-	-	-	4 378	-	-
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	4 735	4 892	4 898	-	-	-	5 055	-	-
weiblich	3 338	3 500	3 526	-	-	-	3 703	-	-
* technische Angestellte									
männlich	4 167	4 302	4 329	-	-	-	4 501	-	-
weiblich	3 242	3 417	3 469	-	-	-	3 410	-	-
in Industrie ³ , Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	5 071	5 233	5 238	-	-	-	5 405	-	-
weiblich	3 533	3 677	3 701	-	-	-	3 882	-	-
* technische Angestellte									
männlich	5 724	5 911	5 958	-	-	-	6 161	-	-
weiblich	3 925	4 067	4 112	-	-	-	4 233	-	-

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 03. 1995			Bevölkerungsveränderung im März 1995			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1995 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- Monat ¹						
		%							
FLENSBURG	87 812	+ 0,0	- 0,1	- 28	+ 56	+ 28	35	-	38
KIEL	246 802	+ 0,1	- 0,6	- 43	+ 224	+ 181	128	1	154
LÜBECK	216 853	+ 0,1	- 0,1	- 77	+ 259	+ 182	132	-	152
NEUMÜNSTER	82 041	- 0,0	+ 0,1	- 29	+ 22	- 7	57	-	71
Dithmarschen	133 123	+ 0,0	+ 0,5	- 47	+ 95	+ 48	76	3	100
Herzogtum Lauenburg	168 419	+ 0,1	+ 1,1	- 30	+ 223	+ 193	88	1	115
Nordfriesland	157 809	+ 0,1	+ 0,7	- 17	+ 163	+ 146	140	6	182
Ostholstein	196 631	+ 0,1	+ 0,6	- 88	+ 214	+ 126	145	2	182
Pinneberg	281 148	+ 0,0	+ 0,6	- 75	+ 111	+ 36	148	-	178
Plön	125 890	+ 1,1	+ 1,0	- 18	+ 1 353	+ 1 335	79	-	109
Rendsburg-Eckernförde	255 719	+ 0,0	+ 0,7	- 38	+ 155	+ 117	156	2	190
Schleswig-Flensburg	186 629	+ 0,1	+ 0,9	- 9	+ 189	+ 180	107	1	156
Segeberg	234 797	+ 0,1	+ 1,3	+ 20	+ 189	+ 209	157	3	199
Steinburg	132 169	+ 0,1	+ 0,8	- 40	+ 151	+ 111	62	1	85
Stormarn	206 773	- 0,0	+ 1,0	- 43	+ 26	- 17	122	2	174
Schleswig-Holstein	2 712 615	+ 0,1	+ 0,6	- 562	+ 3 430	+ 2 668	1 632	22	2 085

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1995		
	Betriebe am 30.09.1995	Beschäftigte am 30.09.1995	Umsatz ⁴ im Sept. 1995 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	55	8 955	388	43 917	38 570	439
KIEL	114	17 327	477	121 392	106 789	433
LÜBECK	110	17 319	406	109 168	96 288	444
NEUMÜNSTER	64	7 844	139	45 915	40 188	490
Dithmarschen	65	7 121	375	86 315	69 906	525
Herzogtum Lauenburg	99	7 833	166	106 392	91 388	543
Nordfriesland	48	2 713	84	103 979	84 403	535
Ostholstein	79	5 873	158	118 612	100 650	512
Pinneberg	183	17 558	509	168 502	145 451	517
Plön	41	2 601	60	74 833	62 750	498
Rendsburg-Eckernförde	107	8 290	188	161 321	134 452	526
Schleswig-Flensburg	68	4 354	114	120 502	97 844	524
Segeberg	195	18 012	504	161 777	137 354	585
Steinburg	71	8 219	291	84 829	69 457	526
Stormarn	167	19 913	513	136 097	117 795	570
Schleswig-Holstein	1 466	153 932	4 352	1 643 551	1 393 285	514

¹ nach dem Gebietsstand vom 31. 03. 1995

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 28.02.1995

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1994 in km ²	Gemeinden am 31.12.1994	Bevölkerung am 31.12.1994			Eheschließungen 1994		Lebendgeborene 1994	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	56,44	1	87 939	42 203	1 558	518	5,9	930	10,6
KIEL	116,74	1	246 586	118 912	2 112	1 326	5,4	2 526	10,2
LÜBECK	214,16	1	216 854	102 257	1 013	1 488	6,9	2 098	9,7
NEUMÜNSTER	71,56	1	81 996	39 431	1 146	481	5,9	889	10,8
Dithmarschen	1 404,82	117	132 963	65 208	95	909	6,9	1 371	10,3
Hzgt. Lauenburg	1 263,02	133 ^a	168 165	81 489	133	1 110	6,6	1 649	9,9
Nordfriesland	2 049,42	137	157 617	77 328	77	1 587	10,1	1 748	11,1
Ostholstein	1 391,49	39	196 362	94 749	141	1 302	6,7	1 777	9,1
Pinneberg	664,27	49	280 937	137 616	423	1 885	6,7	2 908	10,4
Plön	1 082,42	86	124 562	62 410	115	888	7,2	1 137	9,2
Rendsburg-Eckernförde	2 185,71	166	255 449	126 175	117	1 630	6,4	2 599	10,2
Schleswig-Flensburg	2 071,54	136	186 300	92 696	90	1 344	7,2	2 041	11,0
Segeberg	1 344,32	95 ^b	233 938	114 848	174	1 474	6,3	2 412	10,4
Steinburg	1 056,25	114	131 914	64 835	125	863	6,6	1 467	11,2
Stormarn	766,28	55	206 810	100 625	270	1 490	7,3	1 990	9,7
Schleswig-Holstein	15 738,45	1 131 ^{a b}	2 708 392	1 320 784	172	18 295	6,8	27 542	10,2

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1994		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31.12.1994		Zahnärzte am 31.12.1994
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1994	Fortgezogene 1994		ins- gesamt	darunter Praxisinhaber	
FLENSBURG	1 033	11,7	- 103	6 615	6 567	+ 48	404	178	73
KIEL	2 878	11,6	- 352	13 406	15 399	- 1 993	1 527	506	306
LÜBECK	2 912	13,4	- 814	10 726	10 327	+ 399	1 228	428	184
NEUMÜNSTER	1 007	12,3	- 118	3 482	3 382	+ 100	285	118	66
Dithmarschen	1 561	11,8	- 190	5 389	4 278	+ 1 111	317	162	85
Hzgt. Lauenburg	1 961	11,7	- 312	9 347	7 216	+ 2 131	356	202	104
Nordfriesland	1 740	11,1	+ 8	7 829	6 614	+ 1 215	461	207	94
Ostholstein	2 410	12,3	- 633	10 346	8 672	+ 1 674	646	289	151
Pinneberg	2 902	10,4	+ 6	14 236	12 218	+ 2 018	564	333	199
Plön	1 361	11,0	- 224	40 517	39 876	+ 641	225	146	86
Rendsburg-Eckernförde	2 760	10,8	- 161	12 667	10 778	+ 1 889	673	329	197
Schleswig-Flensburg	2 128	11,5	- 87	10 215	8 451	+ 1 764	394	211	113
Segeberg	2 397	10,3	+ 15	13 234	10 415	+ 2 819	608	265	146
Steinburg	1 542	11,7	- 75	7 107	6 596	+ 511	299	149	86
Stormarn	2 174	10,6	- 184	12 425	10 011	+ 2 414	464	254	133
Schleswig-Holstein	30 766	11,4	- 3 224	177 541	160 800	+ 16 741	8 451	3 777	2 023

^a einschließlich Forstgutsbezirk Sachsenwald

^b einschließlich Forstgutsbezirk Buchholz

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31.12.1994		Kraftfahrzeugbestand am 01.07.1995				
	Wohngebäude ¹	Wohnungen ^{1, 2}	insgesamt ³	darunter			Personenkraft- wagen ⁴ je 1 000 Einw. ⁶
				Personenkraft- wagen ⁴	Lastkraft- wagen	Zug- maschinen ⁵	
FLensburg	13 332	44 520	43 917	38 570	1 984	300	439
KIEL	32 637	123 502	121 392	106 789	5 051	688	433
LÜBECK	37 816	106 129	109 168	96 288	5 230	960	444
NEUMÜNSTER	16 546	38 169	45 915	40 188	2 365	549	490
Dithmarschen	41 448	58 406	86 315	69 906	3 659	7 239	525
Hzgt. Lauenburg	41 907	69 896	106 392	91 388	4 199	4 402	543
Nordfriesland	49 152	75 371	103 979	84 403	4 515	8 215	535
Ostholstein	50 551	93 636	118 612	100 650	4 844	5 009	512
Pinneberg	62 498	123 475	168 502	145 451	7 871	5 057	517
Plön	31 797	52 147	74 833	62 750	2 725	4 054	498
Rendsburg-Eckernförde	65 944	105 922	161 321	134 452	6 639	9 682	528
Schleswig-Flensburg	49 821	75 241	120 502	97 844	4 730	9 345	524
Segeberg	54 987	96 315	161 777	137 354	7 811	6 165	585
Steinburg	34 119	56 304	84 829	69 457	4 037	5 598	526
Stormarn	49 537	87 353	136 097	117 795	6 712	3 453	570
Schleswig-Holstein	632 092	1 206 386	1 643 551	1 393 285	72 372	70 716	514

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1993				Empfänger ⁷ von Sozialhilfe 1993		
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebens- unterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1993	
						insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM						
FLensburg	47 796	64 821	112 617	1 285	12 137	7 321	83
KIEL	152 279	169 186	321 500	1 290	25 363	14 577	59
LÜBECK	112 275	151 325	263 600	1 213	21 986	13 789	63
NEUMÜNSTER	41 564	50 352	91 916	1 122	10 649	7 584	92
Dithmarschen	26 067	55 159	81 226	617	7 925	3 611	27
Hzgt. Lauenburg	38 346	72 370	110 717	668	11 310	6 196	37
Nordfriesland	28 285	63 384	91 668	588	7 883	4 420	28
Ostholstein	36 768	82 389	119 157	613	11 820	6 098	31
Pinneberg	73 129	116 989	190 118	685	16 988	9 555	34
Plön	21 542	46 871	68 413	555	6 338	3 207	26
Rendsburg-Eckernförde	56 553	112 374	168 927	668	16 030	7 756	31
Schleswig-Flensburg	35 121	76 680	111 801	608	10 078	5 321	29
Segeberg	29 125	77 024	106 149	463	11 497	5 627	24
Steinburg	24 003	61 316	85 319	647	7 641	4 010	30
Stormarn	23 076	72 410	95 486	468	9 215	4 610	23
Schleswig-Holstein	745 931	1 285 609 ^a	2 031 576 ^a	756 ^a	187 032 ^a	103 682	38

¹ ohne Wohnheime

² in Wohn- und Nichtwohngebäuden

³ mit amtlichem Kennzeichen

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ zuzusammenfassende

⁶ Bevölkerungsstand 31.03.1995

⁷ ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalig Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen

^a einschließlich Empfänger des überörtlichen Trägers

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis		Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
		Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1994 ^a							
		Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
						Aufkommen	Gewerbesteuer- umlage	Einnahmen	
1 000 DM	DM je Einwohner ¹	1 000 DM							
FLENSBURG	113 152	1 286	44	15 922	51 635	8 544	43 091	51 624	
KIEL	342 741	1 384	1 318	48 750	155 387	20 716	134 671	149 812	
LÜBECK	280 109	1 289	256	39 073	132 829	20 085	112 744	122 971	
NEUMÜNSTER	93 814	1 144	138	14 125	35 485	5 715	29 770	48 047	
Dithmarschen	123 911	934	3 129	15 355	46 320	8 808	64 848	37 512	
Hzgt. Lauenburg	175 689	1 053	2 006	20 887	50 130	9 301	40 829	109 162	
Nordfriesland	162 417	1 034	4 358	24 058	54 644	10 746	43 898	76 376	
Ostholstein	219 406	1 121	3 458	29 003	82 432	16 571	65 862	106 272	
Pinneberg	375 407	1 341	2 088	39 348	128 292	24 537	103 755	220 756	
Plön	110 499	894	2 251	15 171	20 483	4 386	16 097	74 313	
Rendsburg-Eckernförde	250 509	985	4 020	28 358	75 658	14 911	60 748	153 680	
Schleswig-Flensburg	155 569	839	4 140	19 395	41 014	8 466	32 548	95 970	
Segeberg	314 018	1 353	2 122	29 206	136 471	26 385	110 087	169 473	
Steinburg	155 366	1 184	2 002	17 400	70 806	13 682	57 125	76 872	
Stormarn	283 200	1 381	1 468	28 970	97 530	18 195	79 335	171 256	
Schleswig-Holstein	3 155 808	1 169	32 799	385 021	1 179 117	211 047	968 070	1 691 432	

KREISFREIE STADT Kreis		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
		Realsteueraufbringungskraft 1994 ^b				Steuereinnahmekraft ² der Gemeinden 1994		Baumaßnahmen 1994			
		insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
		1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹
FLENSBURG	60 582	688	48 832	555	103 466	1 176	23 676	269	-	-	
KIEL	152 362	615	119 612	483	280 801	1 134	88 180	356	-	-	
LÜBECK	138 880	639	109 916	506	242 284	1 115	164 366	757	-	-	
NEUMÜNSTER	42 483	518	31 321	382	84 870	1 035	12 029	146	-	-	
Dithmarschen	71 092	536	50 039	377	127 019	957	58 935	444	51 548	389	
Hzgt. Lauenburg	79 826	479	53 711	322	179 243	1 074	99 379	596	89 716	538	
Nordfriesland	87 234	555	57 090	363	153 732	978	127 122	809	113 669	723	
Ostholstein	117 070	598	84 363	431	208 307	1 064	100 120	511	89 335	456	
Pinneberg	189 066	675	141 305	505	384 365	1 373	81 887	293	75 936	271	
Plön	41 031	332	22 163	179	111 050	898	54 018	437	48 219	390	
Rendsburg-Eckernförde	120 419	473	84 224	331	258 746	1 017	140 049	551	133 674	526	
Schleswig-Flensburg	70 915	383	44 830	242	158 647	856	97 701	527	89 335	482	
Segeberg	183 206	789	145 003	625	326 984	1 409	115 644	498	93 399	402	
Steinburg	100 148	763	78 872	601	163 099	1 243	68 290	520	58 062	442	
Stormarn	140 615	685	106 092	517	293 432	1 430	94 946	463	89 432	436	
Schleswig-Holstein	1 595 030	591	1 177 374	436	3 076 045	1 140	1 326 344	491	1 222 577	453	

¹ Bevölkerungsstand 30. 06. 1994

² Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

^a kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

^b Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT	Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände					
	Schulden am 31.12.1994 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal am 30.06.1993	
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden und Amtsverwaltungen		Gemeinden und Gemeindeverbände	
	1 000 DM	je Einw. ¹	1 000 DM	je Einw. ¹	Anzahl	je 10 000 Einw. ¹
FLENSBURG	226 342	2 572	226 342	2 572	1 751	20
KIEL	720 650	2 910	720 650	2 910	6 041	24
LÜBECK	762 359	3 509	762 359	3 509	6 371	29
NEUMÜNSTER	302 716	3 690	302 716	3 690	2 453	30
Dithmarschen	148 398	1 118	116 786	880	2 149	16
Hzgt. Lauenburg	165 357	991	148 611	891	1 698	10
Nordfriesland	306 872	1 953	264 120	1 681	3 328	21
Ostholstein	298 628	1 526	237 233	1 212	3 297	17
Pinneberg	325 052	1 161	203 555	727	4 001	14
Plön	226 262	1 830	191 539	1 549	1 400	11
Rendsburg-Eckernförde	252 606	993	230 712	907	3 331	13
Schleswig-Flensburg	220 136	1 188	134 810	727	2 156	12
Segeberg	271 762	1 171	179 469	773	2 628	11
Steinburg	174 480	1 329	128 089	976	1 492	11
Stormarn	244 630	1 193	169 391	826	2 187	11
Schleswig-Holstein	4 646 250	1 721	4 016 382	1 488	44 283	16

KREISFREIE STADT	Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft einschließlich Gartenbau 1994						
	landwirtschaftliche Betriebe (HPR) mit 1 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)						
	ins-gesamt	davon mit ... bis unter ... ha LF					
1 - 5		5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr	
FLENSBURG	26	11	4	4	4	3	
KIEL	78	39	12	5	6	16	
LÜBECK	183	77	20	11	15	49	
NEUMÜNSTER	74	22	10	7	11	20	
Dithmarschen	2 604	601	237	242	407	913	
Hzgt. Lauenburg	1 482	430	105	119	206	549	
Nordfriesland	3 719	762	319	369	693	1 245	
Ostholstein	1 665	400	136	126	206	679	
Pinneberg	1 582	475	265	238	244	237	
Plön	1 442	368	128	127	222	469	
Rendsburg-Eckernförde	3 397	751	329	307	543	1 158	
Schleswig-Flensburg	3 630	783	337	305	605	1 356	
Segeberg	2 179	593	198	206	351	644	
Steinburg	1 892	385	157	154	401	638	
Stormarn	1 212	349	127	119	148	378	
Schleswig-Holstein	25 165	6 046	2 384	2 334	4 062	8 354	

¹ Bevölkerungsstand 30. 06.

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1994		Arbeitslose Ende September 1995			Kurzarbeiter Mitte September 1995	offene Stellen Mitte September 1995	Be- schäftigte am 31.08.1994	baugewerblicher Umsatz ³ im Juli 1995	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				Mill. DM	Export- quote ⁴
		%		%	1 000	1 000				
Baden-Württemberg	10 272,1	+ 0,4	320,6	- 1,2	7,2	17,2	42,8	1 272	33 035	32
Bayern	11 921,9	+ 0,5	330,8	+ 0,0	6,5	21,9	52,4	1 247	30 297	31
Berlin	3 472,0	- 0,1	212,7	+ 5,0	13,5	4,1	10,4	162	5 698	14
Brandenburg	2 536,7	- 0,0	160,0	- 2,1	13,9	12,2	9,7	104	1 744	10
Bremen	680,0	- 0,4	40,0	+ 1,9	13,9	1,4	2,2	72	3 050	38
Hamburg	1 705,9	+ 0,2	78,1	+ 11,1	10,8	1,0	5,4	119	8 774	15
Hessen	5 980,7	+ 0,2	207,2	+ 2,1	8,2	9,3	19,6	544	13 658	30
Mecklenburg-Vorpommern	1 832,3	- 0,6	131,3	+ 1,5	16,0	3,0	6,6	50	880	11
Niedersachsen	7 715,4	+ 0,9	336,7	+ 3,5	10,6	18,4	26,1	588	16 427	30
Nordrhein-Westfalen	17 816,1	+ 0,3	766,6	+ 0,7	10,5	22,1	62,2	1 689	43 722	27
Rheinland-Pfalz	3 951,6	+ 0,7	129,1	+ 3,0	8,2	4,5	24,0	331	9 422	38
Saarland	1 084,2	- 0,0	47,5	- 4,4	11,3	0,9	4,4	115	2 472	27
Sachsen	4 584,3	- 0,5	291,6	- 0,7	14,3	15,6	16,1	212	3 266	11
Sachsen-Anhalt	2 759,2	- 0,7	207,8	+ 1,6	16,5	14,8	10,2	137	2 594	14
Schleswig-Holstein	2 708,4	+ 0,5	96,0	+ 0,7	8,5	2,6	10,9	161	4 604	24
Thüringen	2 517,8	- 0,6	165,0	- 5,6	14,4	10,2	9,4	119	1 902	13
Bundesrepublik Deutschland	81 538,6	+ 0,2	3 521,0	+ 0,8	10,2	159,3	312,3	6 924	181 546	28
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 007,2	+ 0,4	2 488,4	+ 1,5	9,0	101,3	256,6	6 268	170 528	29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 531,4	- 0,4	1 032,6	- 0,8	14,7	58,0	55,7	656	11 019	12

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Juni 1995		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Juli 1995				
	Beschäftigte am 31.07.1995	Baugewerblicher Umsatz ² im Juli 1995		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juli 1995	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%							
Baden-Württemberg	171	2 556	+ 2,0	7 441	1 144 275	3 807 872	- 0,2	4 032	+ 8,8	5 701	141
Bayern	247	3 783	- 4,8	7 288	1 855 389	7 163 060	- 0,3	7 157	- 1,7	9 685	135
Berlin	62	1 031	- 5,5	1 815	332 096	761 372	+ 6,0	1 625	- 9,2	1 987	122
Brandenburg	67	920	+ 15,2	3 059	260 070	742 066	+ 17,3	1 574	+ 7,7	2 300	146
Bremen	10	195	+ 21,2	88	50 500	93 910	- 6,2	322	- 19,9	372	116
Hamburg	21	405	- 13,6	663	213 924	399 791	+ 7,6	776	- 5,8	1 019	131
Hessen	89	1 235	- 10,1	3 352	781 822	2 429 581	- 4,1	2 411	- 9,8	3 219	134
Mecklenburg-Vorpommern	49	651	- 2,1	1 644	326 491	1 213 953	+ 18,4	1 042	- 7,4	1 475	142
Niedersachsen	122	1 745	- 13,8	5 835	838 291	3 322 978	+ 1,1	3 704	- 9,5	5 064	137
Nordrhein-Westfalen	230	3 268	+ 4,0	7 834	1 091 894	3 181 009	- 0,4	6 868	+ 5,6	8 810	128
Rheinland-Pfalz	55	808	- 2,6	3 053	570 893	1 836 568	+ 15,5	1 669	+ 2,6	2 269	136
Saarland	17	235	+ 1,2	475	55 296	189 733	+ 1,2	465	- 0,4	617	133
Sachsen	133	1 659	+ 4,0	4 764	342 339	992 553	+ 13,0	1 596	- 8,3	2 152	135
Sachsen-Anhalt	95	1 096	- 0,7	2 552	175 050	470 748	+ 10,0	1 323	+ 1,1	1 799	136
Schleswig-Holstein	47	711	+ 2,2	1 910	477 302	2 662 328	+ 4,0	1 414	- 9,8	1 964	139
Thüringen	68	830	- 7,7	1 765	251 809	755 157	+ 7,6	1 066	- 9,6	1 511	142
Bundesrepublik Deutschland	1 482	21 127	- 2,0	53 538	8 767 431	30 022 679	+ 2,8	37 876	+ 0,3	51 059	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 050	15 660	- 3,4	38 631	7 324 221	25 645 010	+ 1,2	30 683	+ 1,0	41 042	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	433	5 468	+ 2,3	14 907	1 443 210	4 377 669	+ 13,4	7 193	- 2,3	10 017	139

¹ gegenüber Vorjahresmonat

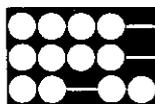
² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen



Nr. 155

Kiel, den 6. November 1995

Stärkerer Anstieg der kommunalen Ausgaben 1994

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes erzielten die schleswig-holsteinischen Gemeinden, Kreise und Ämter im Jahre 1994 Einnahmen in Höhe von 13,4 Mrd. DM und damit 523 Mill. DM oder 4,1 % mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben erhöhten sich um 935 Mill. DM (+ 7,4 %) auf insgesamt 13,6 Mrd. DM.

Gewichtige Einnahmenezuwächse waren bei den allgemeinen Umlagen (+ 76 Mill. DM oder 7,9 %) sowie Benutzungsgebühren (+ 70 Mill. DM oder 4,5 %) festzustellen. Trotz eines Rückgangs der Gewerbesteuer (- 0,2 %) verbesserten sich die Steuereinnahmen insgesamt um 80 Mill. DM (+ 2,4 %).

Auf der Ausgabenseite waren bei den Leistungen der Sozialhilfe u.ä. (+ 251 Mill. DM oder 15,5 %), dem laufenden Sachaufwand (+ 109 Mill. DM oder 6,5 %) die höchsten Steigerungen zu verzeichnen.

Die Personalausgaben, deren Anteil knapp ein Fünftel aller Ausgaben ausmacht, wiesen ein um 15 Mill. DM (+ 0,6 %) höheres Ergebnis aus.

Während die Ausgaben für Baumaßnahmen um 55 Mill. DM (+ 4,4 %) anstiegen, verminderten sich die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen um 19 Mill. DM (- 4,8 %).

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel